

Dritter Titel: Besondere Bestimmungen

Art. 85

Eidgenössische  
Kommission für die  
berufliche Vorsorge

<sup>1</sup> Der Bundesrat bestellt eine Eidgenössische Kommission für die berufliche Vorsorge mit höchstens 21 Mitgliedern. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern des Bundes und der Kantone sowie mehrheitlich aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vorsorgeeinrichtungen.

<sup>2</sup> Die Kommission begutachtet zuhanden des Bundesrates Fragen über die Durchführung und Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge.

Commission fédérale  
de la prevoyance  
professionnelle

<sup>1</sup> Le Conseil fédéral institue une commission fédérale de la prevoyance professionnelle, qui compte 21 membres au plus. Elle se compose de représentants de la Confédération et des cantons et, en majorite, de représentants des employeurs, des salaries et des institutions de prevoyance.

<sup>2</sup> La commission donne son avis au Conseil fédéral sur l'application et le developpement de la prevoyance professionnelle.

Commissione federa-  
le della previdenza  
professionale

<sup>1</sup> Il Consiglio federale istituisce una commissione federale della previdenza professionale, con al massimo 21 membri. Essa e composta di rappresentanti della Confederazione e dei Cantoni e, in maggioranza, dei datori di lavoro, dei lavoratori e degli istituti di previdenza.

<sup>2</sup> La commissione da parere al Consiglio federale sulle questioni relative all'attuazione e all'ulteriore sviluppo della previdenza profes-sionale.

Inhaltsverzeichnis	Note	Seite
I. Allgemeines .....	1	1378
1. Entstehungsgeschichte.....	1	1378
2. Zweck der Norm.....	3	1378
II. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission (Abs. 1).....	4	1378
1. Zusammensetzung.....	4	1378
2. Arbeitsweise.....	8	1379
III. Aufgaben und Bedeutung der Kommission (Abs. 2) .....	10	1380
1. Beratungsaufgabe.....	10	1380
2. Die künftige Rolle der Kommission.....	13	1380

Literaturverzeichnis

BSV-Mitteilungen über die berufliche Vorsorge vom 26.7.1993, Nr. 25, Rz. 150 (zit. BSV-Mitteilungen Nr. 25); sowie zentrales Literaturverzeichnis.

## **I. Allgemeines**

### **1. Entstehungsgeschichte**

- 1 Der heutige Normtext des Artikels 85 BVG stammt unverändert aus Art. 80 des bundesrätlichen BVG-Entwurfs<sup>1</sup>. Die Bestimmung war in den parlamentarischen Beratungen unbestritten. Amtl.Bull. NR vom 15.4.2002-16.4.2002, N 493-577; Amtl.Bull. SR vom 28.11.2002, 1035-1056. In der ersten BVG-Revision standen Rolle und Aufgaben der BVG-Kommission nicht zur Diskussion<sup>2</sup>.
- 2 Die Schaffung einer BVG-Kommission orientiert sich am Vorbild der bereits 1965 gebildeten AHV- und IV-Kommission<sup>3</sup>.

### **2. Zweck der Norm**

- 3 Mit der Bestellung einer Eidgenössischen Kommission soll den an der Durchführung und Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge interessierten Kreisen ein ständiges Mitspracherecht eingeräumt werden. Die Kommission ist vor dem Erlass von Verordnungsbestimmungen anzuhören. Sie kann auch aus eigener Initiative Vorstösse für Gesetzesänderungen einbringen. Den Stellungnahmen der Kommission soll ein erhebliches Gewicht zukommen.

## **II. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission (Abs. 1)**

### **1. Zusammensetzung**

- 4 Die Eidgenössische Kommission für die berufliche Vorsorge wird vom Bundesrat bestellt und besteht aus höchstens 21 Mitgliedern. Bis Ende 1992 gehörten ihr nur 17 Mitglieder an. Die gesetzliche vorgesehene maximale Grösse erhielt die Kommission mit der Wahlperiode 1993-1996<sup>4</sup>.
- 5 Die BVG-Kommission setzt sich nach dem Wortlaut von Art. 21 BVG zusammen aus: Vertretern des Bundes und der Kantone sowie mehrheitlich aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vorsorgeeinrichtungen. Ohne ausdrückliche Erwähnung im BVG gehören der Kommission seit 1993 auch solche Experten und Expertinnen der beruflichen Vorsorge an, die weder den Arbeitgeber- noch den Arbeitnehmerorganisationen oder einer Vorsorgeeinrichtung angehören.

<sup>1</sup> Botschaft BVG, BBl 1976 I 313.

<sup>2</sup> Botschaft 1. BVG-Revision, BBl 2000 2637.

<sup>3</sup> Botschaft BVG, BBl 1976 1273; STAUHER, Berufliche Vorsorge, Rz. 1533.

<sup>4</sup> BSV-Mitteilungen Nr. 25.

Namentlich sind dies Vertreter/innen aus Frauen-, Senioren- und Behindertenorganisationen sowie Pensionskassen- und Finanzexperten<sup>5</sup>. Damit wird dem Zweck der Kommission - ständiges Mitspracherecht der interessierten Kreise - ohne Weiteres begründet.

Die erweiterte Zusammensetzung der BVG-Kommission lässt sich überdies auf Art. 8 ff. der Kommissionsverordnung vom 3. Juni 1996<sup>6</sup> begründen. Nach Art. 9 Kommissionsverordnung sollen die Mitglieder ausserparlamentarischer Kommissionen nach Interessengruppen, Geschlechtern, Sprachen, Regionen und Altersgruppen ausgewogen zusammengesetzt sein. Art. 10 Kommissionsverordnung schreibt einen Frauen- bzw. Männeranteil von mindestens je 30 Prozent vor, längerfristig sei die paritätische Vertretung der Geschlechter anzustreben.

In der aktuellen Kommission (Wahlperiode 2005-2008) setzt sich die 2lköpfige Kommission aus je einem Vertreter von Bund und Kantonen, je vier Vertreter/innen aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, drei Vertreter/innen aus den Vorsorgeeinrichtungen sowie insgesamt sechs Vertreter/innen anderer Organisationen zusammen. Präsiert wird die BVG-Kommission von einem unabhängigen Experten. In der BVG-Kommission wirken vier Frauen und 17 Männer mit. Die vorgeschriebene Vertretungsquote der Geschlechter wird dadurch bei weitem verfehlt.

## 2. Arbeitsweise

Nach dem (nicht publizierten) Geschäftsreglement der Kommission tagt die Kommission nach Bedarf, jedoch mindestens einmal pro Jahr auf Anordnung des Präsidenten oder auf schriftliches Begehren von wenigstens 8 Mitgliedern. Die Kommission kann für Sonderfragen Ausschüsse bilden. Das Sekretariat der Kommission wird durch das Bundesamt für Sozialversicherung geführt<sup>7</sup>.

Die Sitzungen der BVG-Kommission und ihrer Ausschüsse sind nicht öffentlich, die Beratungen und Unterlagen vertraulich<sup>8</sup>. Es fragt sich, ob sich daran durch das am 1.7.2006 in Kraft getretene Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ)<sup>9</sup> etwas ändert. Nach dem BÖG sind amtliche Dokumente grundsätzlich öffentlich. Das Gesetz gilt für die Bundesverwaltung und für verfügende Behörden ausserhalb der Verwaltung. Die BVG-Kommission ist nicht im persönlichen Geltungsbereich des BÖG er-

<sup>5</sup> Die Mitgliedsliste der BVG-Kommission sind über die offizielle Homepage der Bundesverwaltung einsehbar: [http://www.admin.ch/ch/d/cf/k.o/index\\_60.html](http://www.admin.ch/ch/d/cf/k.o/index_60.html) (Zugriff: 7.7.2009).

<sup>6</sup> Verordnung über ausserparlamentarische Kommissionen sowie Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes vom 3. Juni 1996, SR 172.31.

<sup>7</sup> BSV-Mitteilungen Nr. 25, Rz. 150.

<sup>8</sup> BSV-Mitteilungen Nr. 25, Rz. 150.

<sup>9</sup> Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung vom [7.12.2004 (Öffentlichkeitsgesetz, BÖG), SR 153.2.



fasst. Nach der bundesrätlichen Botschaft zum BÖG sind Verwaltungskommissionen im Sinne von Art. 5 Abs. 2 der Kommissionsverordnung<sup>10</sup> vom Geltungsbereich des BÖG ausgenommen<sup>11</sup>. Sobald ein Dokument der BVG-Kommission an eine Bundesverwaltungsstelle geht, ist es vom BÖG erfasst, und Private können Einsicht verlangen.

### III. Aufgaben und Bedeutung der Kommission (Abs. 2)

#### 1. Beratungsaufgabe

- 10 Die BVG-Kommission ist das beratende Gremium des Bundesrates für Fragen der *Durchführung* und *Weiterentwicklung* der beruflichen Vorsorge.
- 11 Die Kommission wird vom Bundesrat zu Durchführungsfragen wie dem Mindestzinssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge konsultiert<sup>12</sup>.
- 12 Einen besonders wichtigen Stellenwert kommt der Kommission im Gesetzgebungsprozess und damit in der Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge zu<sup>13</sup>. Sie initiierte massgeblich die erste BVG-Revision. Bereits 1994 legte sie ein umfassendes Revisionsprogramm vor<sup>14</sup>. Bevor die Vorlage in die Vernehmlassung geschickt wurde, wurde die BVG-Kommission 1998 vom Bundesrat erneut konsultiert<sup>15</sup>. Die Kommission nimmt damit eine Filterfunktion vor dem eigentlichen Vernehmlassungsverfahren wahr.

#### 2. Die künftige Rolle der Kommission

- 13 In der bundesrätlichen Botschaft zur Strukturreform in der beruflichen Vorsorge ist in Art. 64 nBVG eine vom Bundesrat einzusetzende Oberaufsichtskommission vorgesehen, die über den kantonalen Aufsichtskommissionen steht<sup>16</sup>. Es stellt sich die Frage des Verhältnisses dieser Kommission zur bestehenden BVG-Kommission.

<sup>10</sup> Die BVG-Kommission ist eine Verwaltungskommission im Sinne von Art. 5 Abs. 2 der Kommissionsverordnung.

<sup>11</sup> Botschaft zum Bundesgesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz, BGÖ) vom 12. Februar 2003, 881 2003 1986.

<sup>12</sup> BSV-Mitteilung Nr. 101, Rz. 593.

<sup>13</sup> STAUFER, Berufliche Vorsorge, Rz. 1552.

<sup>14</sup> Botschaft 1. BVG-Revision, 881 2000 2648.

<sup>15</sup> Botschaft 1. BVG-Revision, BBl 2000 2648.

<sup>16</sup> Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Strukturreform) vom 15. Juni 2007, BBl 2007 5669 ff. (ab hier: Botschaft Strukturreform BVG).

Die Aufgabe der BVG-Kommission als beratendes Gremium des Bundesrates ist von der Aufsichtsfunktion der neu zu schaffenden Obergaufsichtskommission klar getrennt. Entsprechend ist denn auch vorgesehen, dass Mitglieder der Obergaufsichtskommission nicht gleichzeitig Mitglieder der BVG-Kommission sein dürfen<sup>17</sup>. Auch darf das Sekretariat der Obergaufsichtskommission nicht Aufgaben der BVG-Kommission übernehmen<sup>18</sup>.

14

<sup>17</sup> Botschaft Strukturreform BVG, BBI 2007 5689.  
<sup>18</sup> Botschaft Strukturreform BVG, BBI 2007 5708.

## Art. 85a

### Bearbeiten von Personendaten

Die mit der Durchführung sowie der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- a. die Versicherungsbeiträge zu berechnen und zu erheben;
- b. Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und diese mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren;
- c. ein Rückgriffsrecht gegenüber einem haftpflichtigen Dritten geltend zu machen;
- d. die Aufsicht über die Durchführung dieses Gesetzes auszuüben;
- e. Statistiken zu führen.
- f. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

### Traitement de donnees personnelles

Les organes charges d'appliquer la presente loi ou d'en contrôler ou surveiller l'exécution sont habilités à traiter et à faire traiter les données personnelles, y compris les données sensibles et les profils de la personnalité, qui leur sont nécessaires pour accomplir les tâches que leur assigne cette loi, notamment pour:

- a. calculer et percevoir les cotisations;
- b. établir le droit aux prestations, les calculer, les allouer et les coordonner avec celles d'autres assurances sociales;
- c. faire valoir une prétention recourable contre le tiers responsable;
- d. surveiller l'exécution de la présente loi;
- e. établir des statistiques.
- f. attribuer le numéro d'assuré AVS ou le vérifier.

### Trattamento di dati personali

Gli organi incaricati di applicare la presente legge, nonché di controllarne o sorvegliarne l'esecuzione possono trattare o far trattare dati personali, compresi dati degni di particolare protezione e profili della personalità, di cui necessitano per adempiere i compiti conferiti loro dalla presente legge, segnatamente per:

- a. calcolare e riscuotere i contributi assicurativi;
- b. stabilire il diritto alle prestazioni, nonché calcolarle, versarle e coordinarle con quelle di altre assicurazioni sociali;
- c. far valere una pretesa di regresso nei confronti di terzi responsabili;
- d. sorvegliare l'esecuzione della presente legge;
- e. allestire statistiche.
- f. assegnare o verificare il numero d'assicurato dell'AVS.

### Inhaltsverzeichnis

Note Seite

1.	Allgemeines .....	1	1383
1.	Entstehungsgeschichte .....	1	1383
2.	Zweck und Kontext von Art. 85a BVG .....	4	1384

II. Bearbeiten von Personendaten..... 8 1385

1. Zur Datenbearbeitung befugte Personen bzw. Organe..... 8 1385

2. Datenbearbeitung im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung..... 11 1386

3. Rechtmässige Datenbearbeitung..... 13 1386

UI. Datenbearbeitung in der weitergehenden beruflichen Vorsorge..... 14 1386

Literaturverzeichnis

JORG BRÜHWILER, *Obligatorische Berufliche Vorsorge*, in: Georg Müller/Heinrich Koller/Rene Rhinow/Ulrich Zimmerli, 2. Auflage, Basel, 2007, 1977-2080; STEPHAN BRUNNER, Das revidierte *Datenschutzgesetz* und seine Auswirkungen im Gesundheits- und Versicherungswesen, in: Schaflihauser Rene (Hrsg); *Datenschutz im Gesundheitswesen*, St. Gallen 2008, 109 ff.; YVONNE JöHRJ/MARCEL STUDER, *Art. 17 DSG*, in: Maurer-Lambrou/Vogt (Hrsg.), *Basler Kommentar zum Datenschutzgesetz*, 2. Auflage, Basel, Genf, München, 2006; ALFRED MAURER/GUSTAVO SCARTAZZINI/MARC HÖRZELER, *Bundessozialversicherungsrecht*, 3. Aufl., Basel, 2009; FRITZ STEIGER, Die *Teilliquidation* nach Art. 53b BVG, *AJP* 2007, 1051-1065; URSULA UTTINGER, *Regulatorische Anforderungen* an IT-Outsourcing: Gesundheits- und Versicherungsbereich, in: Mathis Berger/Rolf Auf der Maur/Rolf H. Weber (Hrsg.), *IT-Outsourcing*, Zürich, Basel, Genf, 2003, 255-270; CLAUDE VÖGELI, *Bearbeitung von Personendaten in den Sozialversicherungen: neue Gesetzesbestimmungen*, in: *Soziale Sicherheit* 2001/2, 98 ff.; HERMANN WALSER, *Weitergehende berufliche Vorsorge*, in: Georg Müller/ Heinrich Koller/Rene Rhinow/Ulrich Zimmerli, 2. Auflage, Basel, 2007, 2081-2141; sowie zentrales Literaturverzeichnis

I. Allgemeines

1. Entstehungsgeschichte

Am 1. Juli 1993 trat das Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG) in Kraft<sup>1</sup>. Als Ausdruck des Legalitätsprinzips sieht Art. 17 DSG vor, dass *Organe des Bundes* Personendaten nur bearbeiten dürfen, wenn dafür eine gesetzliche Grundlage besteht<sup>2</sup>. Art. 17 Abs. 2 DSG verlangt für die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten, dazu gehören insbesondere auch Angaben über die Gesundheit<sup>3</sup>, eine Grundlage in einem formellen Gesetz. Die gleichen Voraussetzungen gelten für das Bekanntgeben besonders schützenswerter Personendaten<sup>4</sup>.

Bei den Vorsorgeeinrichtungen handelt es sich ungeachtet ihrer fehlenden Verfügungsmacht<sup>5</sup> um Organe des Bundes im Sinne von Art. 3 Bst. h DSG<sup>6</sup>. Die Organe

<sup>1</sup> Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 DSG, SR 235.1.

<sup>2</sup> JöHRJ/STUDER, Art. 17 DST, N 4 zu Art. 17 DSG.

<sup>3</sup> Art. 3 Bst. c Ziff. 2 DSG.

<sup>4</sup> Botschaft über die Schaffung und Anpassung gesetzlicher Grundlagen für die Bearbeitung von Personendaten, BBl 1999 257.

<sup>5</sup> Siehe dazu im Zusammenhang mit Fragen des IT-Outsourcing: UTTINGER, *Regulatorische Anforderungen*, 268.



der beruflichen Vorsorge benötigen deshalb für die Bearbeitung von Personendaten eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage. In der ursprünglichen Fassung des BVG fehlte eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung zur Bearbeitung von Personendaten. Weder Att. 86 BVG (Schweigepflicht) noch Art. 87 (Auskunftspflicht der Organe der AHV/IV) genügten den Anforderungen des DSG<sup>7</sup>.

- 3 Im Sommer 2000 haben die eidgenössischen Räte für sämtliche Bundessozialversicherungen die nach dem DSG notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Datenbearbeitung und Datenbekanntgabe geschaffen<sup>8</sup>. Die neuen Bestimmungen wurden in die jeweiligen Bundessozialversicherungserlasse integriert und traten am 1.1.2001 in Kraft.

## 2. Zweck und Kontext von Art. 85a BVG

- 4 Vorsorgeeinrichtungen sind für die Durchführung ihrer Arbeiten auf Personendaten angewiesen. Diese gehören zum Teil zu den besonders schützenswerten Personendaten (Daten über die Gesundheit oder Massnahmen der sozialen Hilfe) oder zu den sogenannten Persönlichkeitsprofilen (Zusammenstellung von Daten, die eine Beurteilung wesentlicher Aspekte der Persönlichkeit erlaubt). An die Bearbeitung solcher Personendaten setzt das Datenschutzgesetz besonders hohe Anforderungen.
- 5 Art. 85a BVG hat eine formelle Bedeutung. Er ermächtigt die Vorsorgeeinrichtungen, all jene Personendaten zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um ihre Aufgaben überhaupt zu erfüllen. Dafür wird in Art. 85a BVG eine saubere gesetzliche Grundlage geschaffen.
- 6 Art. 85a BVG steht im Kontext weiterer BVG-Bestimmungen zum Datenschutz. Es sind dies die Art. 85b BVG (Akteneinsicht), Art. 86a BVG (Datenbekanntgabe) und der modifizierte Art. 87 BVG (Amts- und Verwaltungshilfe). Die Bestimmungen in Art. 85a BVG ff. ersetzen die bis zum 31.12.2000 in Kraft gestandene Verordnung über die Ausnahmen von der Schweigepflicht in der beruflichen Vorsorge und über die Auskunftspflicht der AHV/IV-/Organe vom 7.12.1987<sup>9</sup>. Die Anforderungen des DSG sind somit erfüllt<sup>10</sup>.

<sup>6</sup> Botschaft über die Schaffung und Anpassung gesetzlicher Grundlagen für die Bearbeitung von Personendaten, BB! 1999 263.

<sup>7</sup> STAUFFER, Berufliche Vorsorge, Rz. 1538.

<sup>8</sup> VOGEL, Personendaten, 98 ff.

<sup>9</sup> Verordnung über die Ausnahmen von der Schweigepflicht in der beruflichen Vorsorge und über die Auskunftspflicht der AHV/IV-/Organe vom 7.12.1987 (VSABV; AS 1988, 97).

<sup>10</sup> VETTER, Berufliche Vorsorge, 291.



Nimmt man die spärliche Beschäftigung der Lehre<sup>11</sup> und die praktisch fehlende Rechtsprechung als Gradmesser, haben die Datenschutzbestimmungen für die Praxis der beruflichen Vorsorge kaum eine Bedeutung. Der Eindruck indes täuscht. Die Nichteinhaltung von Datenschutzvorschriften kann für eine Vorsorgeeinrichtung in der Öffentlichkeit, bei Arbeitgeber und Versicherten ein Imageproblem hervorrufen. Die Einhaltung der relevanten Datenschutznormen bei allen Arbeitsprozessen stellt ein nicht zu unterschätzendes Qualitätsmerkmal dar.

## II. Bearbeiten von Personendaten

### 1. Zur Datenbearbeitung befugte Personen bzw. Organe

Zur Bearbeitung von Personendaten einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten sind nach dem Gesetzestext alle «mit der Durchführung sowie der Kontrolle oder der Beaufsichtigung (...) betrauten Organe» befugt.

Art. 85a BVG ermächtigt die genannten Organe, die Personendaten zu bearbeiten oder «bearbeiten zu lassen». Die in der beruflichen Vorsorge häufige Notwendigkeit und Praxis der Auslagerung bestimmter Abklärungen und Aufgaben ist folglich zulässig. Die Vorsorgeeinrichtungen sind indes gestützt auf Art. 16 DSGVO und Art. 22 der Verordnung zum DSGVO verantwortlich dafür, dass die beauftragten Dritten die Personendaten auftragsgemäss bearbeiten, insbesondere betreffend Verwendung, Bekanntgabe und Vertraulichkeit der Daten<sup>12</sup>.

Der Begriff «bearbeiten» von Personendaten stützt sich auf die Legaldefinition in Art. 3 Bst. e DSGVO. Daten bearbeiten heisst: Jeder Umgang mit Personendaten, unabhängig von den angewandten Mitteln und Verfahren, insbesondere das Beschaffen, Aufbewahren, Verwenden, Umarbeiten, Bekanntgeben, Archivieren oder Vernichten von Daten. Das Bekanntgeben von Personendaten ist in Art. 86a (in Erweiterung und Konkretisierung der Schweigepflicht) gesondert geregelt; die Bekanntgabe von Personendaten geht demnach Art. 86a BVG der allgemeinen Datenbearbeitungsbestimmung in Art. 85a BVG vor. Gleiches gilt für die in Art. 85b BVG verankerte Akteneinsicht.

<sup>11</sup> Die Autoren des im Übrigen umfassenden Kapitels zur Beruflichen Vorsorge des Bandes XIX zum Bundessozialversicherungsrecht (Soziale Sicherheit) widmen den Datenschutz- und Schweigepflichtbestimmungen des BVG keine Zeile, siehe BRÜHWILER, Obligatorische berufliche Vorsorge, 1977 ff. und WALSER, Weitergehende Berufliche Vorsorge, 2081 ff.

<sup>12</sup> Botschaft gesetzliche Grundlagen Personendatenbearbeitung, 881 1999 263; VETTER, Berufliche Vorsorge, 291.

## 2. Datenbearbeitung im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung

- 11 Die Zulässigkeit der Bearbeitung von Personendaten einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile ist beschränkt. Erlaubt ist die Datenbearbeitung nur, soweit sie zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben aus dem BVG notwendig ist. Das betrifft insbesondere die Berechnung und Erhebung von Versicherungsbeiträgen (Art. 85a Bst. a BVG), die Beurteilung von Leistungsansprüchen, die Berechnung der Leistungen und Koordination mit anderen Sozialversicherungen (Art. 85a Bst. b BVG) sowie das Rückgriffsrecht gegenüber einem haftpflichtigen Dritten (Art. 85a Bst. c BVG). Die weiteren im Gesetz erwähnten Aufgaben betreffen die Aufsicht und das Führen von Statistiken (Art. 85a Bst. d und e BVG).
- 12 Die Liste der als zulässig erklärten Datenbearbeitungen ist nicht abschliessend (der Gesetzestext führt den Begriff «namentlich» auf). Zulässig ist jede Bearbeitung von Personendaten, die vom zuständigen Organ für die Erfüllung der im BVG vorgesehenen Aufgabe notwendig ist. Zu ergänzen ist, dass für die Bekanntgabe von Personendaten Art. 86a BVG massgebend ist.

## 3. Rechtmässige Datenbearbeitung

- 13 Als Bundesorgane im Sinne des DSG sind die Organe der Vorsorgeeinrichtungen und die von ihnen mit der Aufgabenerfüllung betrauten Dritten an die allgemeinen Datenschutzbestimmungen des DSG in den Art. 4 ff. gebunden<sup>13</sup>. Das betrifft namentlich das Gebot der Zweckbindung (Art. 4 Abs. 3 DSG) und der Transparenz (Art. 4 Abs. 2 und Art. 7a DSG). Weiter muss die Datenbearbeitung nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit erfolgen (Art. 4 Abs. 2 DSG). Die Personendaten müssen zudem vor unbefugtem Zugriff gesichert sein (Art. 7 DSG).

## III. Datenbearbeitung in der weitergehenden beruflichen Vorsorge

- 14 Art. 85a BVG ist nicht in der Liste der BVG-Bestimmungen aufgeführt, die nach Art. 49 Abs. 2 BVG auch in der weitergehenden beruflichen Vorsorge gelten<sup>14</sup>. Im Selbständigkeitsbereich benötigen die Vorsorgeeinrichtungen keine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Datenbearbeitung. Die Grundsätze der Bearbeitung von Personendaten (Siehe Rz. 12) gelten jedoch nach DSG auch für Private. Die Nichteinhaltung stellt nach Art. 12 DSG eine nicht rechtfertigungsfähige Persönlichkeitsverletzung dar<sup>15</sup>.

<sup>13</sup> EGLI, Privatsphäre, 393.

<sup>14</sup> PÄRLI, Datenaustausch, 156.

<sup>15</sup> In dieser Hinsicht hat die am 1.1.2008 in Kraft getretene erste DSG-Revision mit dem ergänzten Art. 12 Abs. 2 DSG Klarheit geschaffen, siehe dazu: BRUNNER, Datenschutzgesetz, 142 ff.

## Art. 85b

### Akteneinsicht

<sup>1</sup> Sofern überwiegende Privatinteressen gewahrt bleiben, steht die Akteneinsicht zu:

- a. der versicherten Person für die sie betreffenden Daten;
- b. Personen, die einen Anspruch oder eine Verpflichtung nach diesem Gesetz haben, für diejenigen Daten, die für die Wahrung des Anspruchs oder die Erfüllung der Verpflichtung erforderlich sind;
- c. Personen und Institutionen, denen ein Rechtsmittel gegen eine auf Grund dieses Gesetzes erlassene Verfügung zusteht, für die zur Ausübung dieses Rechts erforderlichen Daten;
- d. Behörden, die zuständig sind für Beschwerden gegen auf Grund dieses Gesetzes erlassene Verfügungen, für die zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlichen Daten;
- e. der haftpflichtigen Person und ihrem Versicherer für die zur Beurteilung eines Rückgriffsanspruchs der beruflichen Vorsorge erforderlichen Daten.

<sup>2</sup> Handelt es sich um Gesundheitsdaten, deren Bekanntgabe sich für die zur Einsicht berechtigte Person gesundheitlich nachteilig auswirken könnte, so kann von ihr verlangt werden, dass sie einen Arzt oder eine Ärztin bezeichnet, der oder die ihr diese Daten bekannt gibt.

### Consultation du dossier

<sup>1</sup> Ont le droit de consulter le dossier, dans la mesure où les intérêts privés prépondérants sont sauvegardés:

- a. l'assuré, pour les données qui le concernent;
- b. les personnes ayant un droit ou une obligation découlant de la présente loi, pour les données qui leur sont nécessaires pour exercer ce droit ou remplir cette obligation;
- c. les personnes ou institutions habilitées à faire valoir un moyen de droit contre une décision fondée sur la présente loi, pour les données nécessaires à l'exercice de ce droit;
- d. les autorités habilitées à statuer sur les recours contre des décisions fondées sur la présente loi, pour les données nécessaires à l'accomplissement de cette tâche;
- e. le tiers responsable et son assureur, pour les données qui leur sont nécessaires pour se déterminer sur une prétention récursoire de la prévoyance professionnelle.

<sup>2</sup> S'il s'agit de données sur la santé dont la communication pourrait entraîner une atteinte à la santé de la personne autorisée à consulter le dossier, celle-ci peut être tenue de désigner un médecin qui les lui communiquera.

### Consultazione degli atti

<sup>1</sup> Purche rimangono tutelati interessi privati preponderanti, possono consultare gli atti:

- a. la persona assicurata, per i dati che la concernono;
- b. le persone che hanno un diritto o un obbligo conformemente alla presente legge, per i dati necessari all'esercizio di tale diritto o all'adempimento di tale obbligo;



- c. le persone e le istituzioni che possono impugnare decisioni prese in virtù della presente legge, per i dati necessari all'esercizio di tale diritto;
- d. le autorità competenti in caso di ricorso contro decisioni prese in virtù della presente legge, per i dati necessari all'adempimento di tale compito;
- e. il terzo responsabile e il suo assistente, per i dati necessari ad accertare una pretesa di regresso della previdenza professionale.

<sup>2</sup> Nel caso di dati relativi alla salute, la cui comunicazione potrebbe ripercuotersi negativamente sulla salute della persona autorizzata a consultare gli atti, questa può essere tenuta a designare un medico che glieli comunichi.

## Inhaltsverzeichnis

	Note	Seite
I. Allgemeines .....	1	1389
1. Entstehungsgeschichte .....	1	1389
2. Zweck und Aufbau der Norm.....	3	1389
II. Zur Einsicht berechtigte Personen und Behörden (Abs. 1) .....	5	1390
1. Vorbehalt der Wahrung überwiegender Privatinteressen.....	5	1390
2. Die einzelnen Personen und Behörden.....	7	1390
a. Die versicherten Personen (Bst. a).....	7	1390
b. Parteien und Behörden (Bst. b--<I).....	8	1390
c. Haftpflichtige Personen und ihre Versicherer (Bst. e) .....	10	1391
3. Sonderfall «Gesundheitsdaten» (Abs. 2).....	11	1391
III. Geltungsbereich.....	12	1391

## Literaturverzeichnis

BSV-Mitteilungen über die berufliche Vorsorge vom 5.10.2000 Nr. 53, (zit: BSV-Mitteilungen Nr. 53); BARBARA EGLI, Schutz der *Privatsphäre* beim Umgang mit Personendaten, Schweizer Personalvorsorge 05/02, 393-395; GEBHARD EUGSTER/RUDOLF LUGINBÜHL *Datenschutz* in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, in: *Datenschutz im Gesundheitswesen*, Zürich 2001, 73 ff.; RALPH GRAMIGNAURS MAURER, Kommentar zu Art. 8 DSG, in: Maw-er-Lambrou/Vogt, *Datenschutzgesetz*, 2. Auflage, Zürich, Basel, Genf 2006; UEL KIESER, *Die Auswirkungen des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) auf die berufliche Vorsorge*, HfLL-2006, Fachartikel Nr. 5; CLAUDE VOEGELI, *Bearbeitung von Personendaten in den Sozialversicherungen: neue Gesetzesbestimmungen*, in: *Soziale Sicherheit* 2001/2, 98 ff.; sowie zentrales Literaturverzeichnis.



## I. Allgemeines

### 1 Entstehungsgeschichte

Die Bestimmung über die Akteneinsicht in Art. 85b BVG wurde 2000 im Rahmen des Gesetzgebungsprogramms zur Anpassung und Harmonisierung der gesetzlichen Grundlagen für die Personendatenbearbeitung in der Sozialversicherung<sup>1</sup> ins BVG eingefügt<sup>2</sup>.

Das am 1.1.2003 in Kraft getretene Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)<sup>3</sup> enthält in Art. 47 ATSG eine mit Art. 85b BVG weitgehend vergleichbare Bestimmung. Das ATSG ist im BVG grundsätzlich nicht anwendbar. Es ist davon auszugehen, dass die beiden Bestimmungen parallel auszulegen sind<sup>4</sup>.

### 2 Zweck und Aufbau der Norm

Die Regelung zur Akteneinsicht bezweckt die Klarstellung, in welchen Fällen die Vorsorgeeinrichtung zur Gewährung der Akteneinsicht befugt ist, ohne damit die Schweigepflicht nach Art. 86 BVG zu verletzen<sup>5</sup>. Das betrifft insbesondere die versicherte Person selbst, der bereits aus der Verfassung (Art. 29 Abs. 2 BV) ein Anspruch auf rechtliches Gehör und damit auch auf Akteneinsicht zusteht<sup>6</sup>. Art. 85b BVG will überdies klarstellen, welchen Personen oder Behörden das Recht auf Akteneinsicht unter welchen Voraussetzungen zu gewähren ist.

Absatz 1 hält in Bst. a bis e die Personen und Behörden fest, die zur Akteneinsicht befugt sind. Absatz 2 enthält eine Vorschrift für die Aktensicht, soweit sie Gesundheitsangaben betrifft.

<sup>1</sup> Ziff. 1 des Bundesgesetzes vom 23. Juni 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AS 2000 2689; BBl 2000 255).

<sup>2</sup> Botschaft gesetzliche Grundlagen Personendatenbearbeitung, BBl 2000 264; VOEGELL, Personendaten, 98 ff.; EGLI, Privatsphäre, 293 ff.

<sup>3</sup> Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) vom 6. Oktober 2000, SR 830.1.

<sup>4</sup> KIESER, Auswirkungen, 6.

<sup>5</sup> Botschaft gesetzliche Grundlagen Personendatenbearbeitung, BBl 2000 264; HELBLING, Gesamtdarstellung, 303.

<sup>6</sup> BSV-Mitteilungen Nr. 53, Rz. 3010.

## II. Zur Einsicht berechtigte Personen und Behörden (Abs. 1)

### 1. Vorbehalt der Wahrung überwiegender Privatinteressen

- 5 Die Akteneinsicht steht unter dem Vorbehalt des «überwiegenden Privatinteresses». In der Regel wird es sich um das Privatinteresse der versicherten Person handeln. Sie hat ein Interesse daran, dass bspw. eine sozial stigmatisierende Diagnose nicht Dritten bekannt gegeben wird. Ein solches Privatinteresse ist mit den Interessen der grundsätzlich zur Akteneinsicht berechtigten Personen oder Behörden nach objektiven Kriterien abzuwägen<sup>7</sup>.
- 6 Art. 85b BVG schliesst nicht aus, dass auch eine andere als die versicherte Person überwiegende Privatinteressen gegenüber einer Akteneinsicht geltend machen kann. Denkbar ist, dass sensible Informationen über Angehörige des Versicherten Teil des Versichertendossiers bilden. Auch diese Anhörigen können überwiegende Privatinteressen gegenüber der Akteneinsicht geltend machen; insbesondere, sofern die Akteneinsicht von Behörden oder anderen Personen als der versicherten Person selbst geltend gemacht wird.

### 2. Die einzelnen Personen und Behörden

#### a Die versicherten Personen (Bst. a)

- 7 Das Recht auf Akteneinsicht ergibt sich bereits aus dem datenschutzrechtlichen Auskunftsrecht nach Art. 8 DSG. Das datenschutzrechtliche Auskunftsrecht und verfahrensrechtliche Einsichtsrechte sind zum Teil deckungsgleich<sup>8</sup>. Das DSG ist nicht anwendbar auf verwaltungsrechtliche Verfahren mit Ausnahme erstinstanzlicher Verwaltungsverfahren (Art. 2 Abs. 2 Bst. c DSG). Im Rahmen der obligatorischen beruflichen Vorsorge hält Art. 85b Abs. 1 Bst. a BVG am Grundsatz fest, dass der versicherten Person die Einsicht in die sie betreffenden Akten grundsätzlich *jederzeit* zusteht, also auch dann, wenn das datenschutzrechtliche Auskunftsrecht nicht anwendbar ist<sup>9</sup>. Dem Akteneinsichtsrecht der versicherten Person selbst entgegenstehende Privatinteressen anderer sind nicht ersichtlich.

#### b Parteien und Behörden (Bst. b-d)

- 8 Der Anspruch auf Akteneinsicht steht nach Bst. b Personen zu, die einen Anspruch oder eine Verpflichtung nach BVG haben. Der Einsichtsanspruch ist beschränkt auf die Daten, die für die Wahrung des Anspruchs oder Erfüllung der Verpflichtung notwendig sind. Zur Akteneinsicht bei der aktuellen Vorsorgeein-

<sup>7</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 15 zu Art. 47 ATSG.

<sup>8</sup> GRAMIGNAIMAUER-LAMBROU, Art. 8 DSG, N 31 zu Art. 8 DSG.

<sup>9</sup> EUGSTER/LUGINBÜHL, Datenschutz, 116.

richtung berechtigt ist deshalb bspw. eine frühere Vorsorgeeinrichtung des Versicherten, wenn streitig ist, welche Vorsorgeausrichtung für die Ausrichtung einer Invalidenrente zuständig ist<sup>10</sup>.

Die Akteneinsicht steht weiter Personen und Institutionen zu, die gegen Verfügungen nach BVG ein Rechtsmittel ergreifen können (Bst. c). Dabei kann es sich um die versicherten Personen handeln, um eine Vorsorgeeinrichtung oder auch um den Arbeitgeber<sup>11</sup>. Konsequenterweise steht die Akteneinsicht auch den Rechtsmittelbehörden zu (Bst. d).

### c *Haftpflichtige Personen und ihre Versicherer (Bst. e)*

Akteneinsicht steht weiter einer haftpflichtigen Person und ihrem Versicherer für die Beurteilung des Rückgriffsanspruches der Vorsorgeeinrichtung zu. In der entsprechenden Formulierung in Art. 47 ATSG steht - einschränkender - «Rückgriffsforderung». Trotz der nicht übereinstimmenden Begriffsbildung ist nicht von einer unterschiedlichen Rechtslage auszugehen<sup>12</sup>. Haftpflichtige Dritte haben dann Anspruch auf Akteneinsicht, wenn sich die Vorsorgeeinrichtung mit einer *konkreten Forderung* an den Versicherer gewendet hat<sup>13</sup>.

## 3. Sonderfall «Gesundheitsdaten» (Abs. 2)

Die Regelung, dass die Gesundheitsdaten, deren Bekanntgabe sich für die zur Einsicht berechtigte Person nachteilig auswirken können, durch einen Arzt oder eine Ärztin bekannt zu geben sind, ist der datenschutzrechtlichen Bestimmung zum Auskunftsrecht in Art. 8 Abs. 3 nachgebildet<sup>14</sup>. Die Bestimmung dient dem Schutz der grundsätzlich zur Akteneinsicht berechtigten Person. Sie soll nicht dazu missbraucht werden, Versicherten medizinische Berichte vorzuenthalten<sup>15</sup>.

## III. Geltungsbereich

Art. 85b betrifft die Vorsorgeeinrichtungen im Selbständigkeitsbereich nicht<sup>16</sup>. In der weitergehenden beruflichen Vorsorge richtet sich die Akteneinsicht nach Art. 8 DSGVO und nach den einschlägigen verfahrensrechtlichen Vorschriften.

<sup>10</sup> Siehe dazu die Kommentierung zu Art. 23 BVG.

<sup>11</sup> KJESER, ATSG-Kommentar, N 17 zu Art. 47 ATSG.

<sup>12</sup> KJESER, Auswirkungen, 5.

<sup>13</sup> KJESER, ATSG-Kommentar, N 19 zu Art. 47 ATSG.

<sup>14</sup> Botschaft gesetzliche Grundlagen Personendaten, BEI 2000 264.

<sup>15</sup> Siehe dazu in einem IV-Beschwerdefall: BGE 127 V 219, Erw. b (224).

<sup>16</sup> PÄRLI, Datenaustausch, 156.

## Art. 86

### Schweigepflicht

**Personen, die an der Durchführung sowie der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes beteiligt sind, haben gegenüber Dritten Verschwiegenheit zu bewahren.**

Obligation  
de garder le secret

Les personnes qui participent à l'application de la présente loi, ainsi qu'au contrôle ou à la surveillance de son exécution, sont tenues de garder le secret à l'égard des tiers.

Obbligo del segreto

Le persone incaricate di applicare la presente legge nonché di controllarne e sorvegliarne l'esecuzione devono mantenere il segreto nei confronti di terzi.

### Inhaltsverzeichnis

Note Seite

I.	Allgemeines .....	1	1392
1.	Entstehungsgeschichte .....	1	1392
2.	Zweck, Kontext und Durchsetzung der Norm.....	5	1393
II.	Inhalt der Schweigepflicht.....	9	1394
III.	Zur Verschwiegenheit verpflichtete Personen .....	11	1394
IV.	Geschützte Dritte.....	13	1395
V.	Schweigepflicht in der weitergehenden beruflichen Vorsorge.....	16	1396

### Literaturverzeichnis

BARBARA EGLI, Schutz der *Privatsphäre* beim Umgang mit Personendaten, SPV 5/2002, 395; GEBHARD EUGSTER/RUDOLF LUGINBÜHL *Datenschutz* in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, in: *Datenschutz im Gesundheitswesen*, Zürich 2001, 73 ff.; UELI KIESER, Die *Auswirkungen* des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) auf die berufliche Vorsorge, HILL-2006, Fachartikel Nr. 5.; CLAUDE VOEGELI, Bearbeitung von *Personendaten* in den Sozialversicherungen: neue Gesetzesbestimmungen, in: *Soziale Sicherheit* 2001/2, 98 ff.; sowie zentrales Literaturverzeichnis.

## I. Allgemeines

### 1. Entstehungsgeschichte

Die Verankerung einer Schweigepflicht<sup>1</sup> im BVG erfolgte unter Anknüpfung an Schweigepflichtbestimmungen in Art. 50 AHVG und Art. 66 IVG<sup>1</sup>.

In der ursprünglichen Version enthielt Art. 86 in Abs. 2 eine Kompetenznorm an den Bundesrat zur Bestimmung von Ausnahmen von der Schweigepflicht. Ge-

<sup>1</sup> Botschaft BVG, BBl 1976 I 273.



stützt darauf hatte der Bundesrat eine Verordnung über die Ausnahmen von der Schweigepflicht erlassen<sup>2</sup>. Diese wurde durch die ausdrückliche *gesetzliche* Verankerung der Datenbearbeitung und Akteneinsicht (Art. 85a und 85b BVG) und Datenbekanntgabe (Art. 86a BVG) überflüssig. Die Anpassungen wurden im 2000er «Gesetzgebungsprogramm» zur Anpassung der Datenschutzbestimmungen in den Sozialversicherungen nach den Anforderungen des Datenschutzgesetzes vorgenommen<sup>3</sup>.

Im Übrigen wurde Art. 86 BVG materiell nicht geändert<sup>4</sup>. Immerhin wurde klar- gestellt, dass der Ausdruck «beteiligt sind» so zu verstehen ist, dass auch von der Vorsorgeeinrichtung beauftragte Dritte der Schweigepflicht unterstehen<sup>5</sup>. Die Mitarbeitenden dieser Dritten unterstehen damit genauso der Strafandrohung gemäss Art. 76 BVG wie diejenigen der Vorsorgeeinrichtungen<sup>6</sup>.

Die Schweigepflicht wurde 2002 in die allgemeinen Verfahrensbestimmungen des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) aufgenommen (Art. 33 ATSG). Da das ATSG auf die berufliche Vorsorge nicht anwendbar ist, wurde Art. 86 BVG nicht aufgehoben. Die beiden Bestimmungen, Art. 86 BVG und Art. 33 ATSG, sind sprachlich identisch und verfolgen den gleichen Zweck<sup>7</sup>.

In der ersten BVG-Revision 2003 wurde die Verstärkung der Informationsrechte der Versicherten verstärkt (Art. 86b OR). Angepasst wurde auch die Bestimmung über die Amts- und Verwaltungshilfe in Art. 87 BVG<sup>8</sup>.

## 2 Zweck, Kontext und Durchsetzung der Norm

Mit der Verankerung von Schweigepflichten der an der Durchführung des BVG beteiligten Personen will der Gesetzgeber die Persönlichkeitsrechte der versicherten Personen schützen. Darüber hinaus werden mit der Schweigepflicht auch die Persönlichkeitsrechte von Drittpersonen wie z.B. dem Arbeitgeber oder den an der Leistungsabklärung beteiligten Ärzten und Ärztinnen geschützt<sup>9</sup>.

<sup>2</sup> Verordnung über die Ausnahmen von der Schweigepflicht und über die Auskunftspflicht der AHV/IV-Organen vom 7. Dezember 1987 (AS 1988 97), aufgehoben am 22. November 2000 (AS 2000 2909).

<sup>3</sup> Siehe dazu: VÖGEL, Personendaten, 98, und EGLI, Privatsphäre, 393 f.

<sup>4</sup> Botschaft gesetzliche Anpassung Personendatenbearbeitung, BBl 2000 261; HELBLING, Gesamtdarstellung, 302.

<sup>5</sup> EGLI, Privatsphäre, 393.

<sup>6</sup> GÄCHTER, Outsourcing, 44.

<sup>7</sup> KIESER, Auswirkungen, 5.

<sup>8</sup> BSV-Mitteilungen Nr. 53, Rz. 310.

<sup>9</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 3 zu Art. 33 ATSG.

- 6 Über den Individualrechtsgüterschutz hinaus dient die Schweigepflicht öffentlichen Interessen. Sichergestellt werden sollen der geordnete Lauf der Verwaltung und das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung<sup>10</sup>.
- 7 Die Schweigepflichtnorm in Art. 86 BVG enthält keine Angaben über die ausnahmsweise zulässige Durchbrechung der Schweigepflicht. Die Ausnahmen von der Schweigepflicht finden sich in Art. 85b BVG (Akteneinsicht), Art. 86a BVG (Datenbekanntgabe) und 87 BVG (Amts- und Verwaltungshilfe).
- 8 Als Sanktion bei Verletzung der Schweigepflicht sieht Art. 76 BVG eine Gefängnisstrafe von bis zu sechs Monaten oder eine Busse bis zu 30 000 Franken vor. Die strafrechtliche Sanktion nach Art. 86 BVG steht unter dem Vorbehalt, dass nicht eine strafrechtliche Amts- und Berufsgeheimnisverletzung vorliegt (Art. 320 bzw. 321 StGB).

## II. Inhalt der Schweigepflicht

- 9 Nach der bundesrätlichen Botschaft soll die Schweigepflicht auf die Wahrnehmungen bezüglich persönlicher und finanzieller Verhältnisse der Versicherten und der Arbeitgeber beschränkt sein. Die Schweigepflicht solle den Personalvertretern nicht verunmöglichen, die Versicherten in Bezug auf die Vorsorgeeinrichtung zu informieren und beraten<sup>11</sup>.
- 10 Mit der ausdrücklichen gesetzlichen Verankerung der Voraussetzungen der Datenbekanntgabe (Art. 86a BVG) und mit der Statuierung einer gesetzlichen Informationspflicht der Vorsorgeeinrichtung (Art. 86b BVG), gilt es die Aussage in der bundesrätlichen Botschaft hinsichtlich Umfang der Schweigepflicht zu relativieren. Die Schweigepflicht bezieht sich vielmehr auf alle Kenntnisse, die zum Stillschweigen verpflichtete Personen in ihrer Tätigkeit bei der Durchführung, Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung des BVG erlangen. Ausnahmen von der Schweigepflicht bedürfen einer gesetzlichen Grundlage.

## III. Zur Verschwiegenheit verpflichtete Personen

- 11 Der Kreis der von der Schweigepflicht erfassten Personen ist ausserordentlich weit<sup>12</sup>. Der Gesetzestext nennt einerseits die Bereiche «Durchführung», «Kontrolle» und «Aufsicht über die Durchführung», und andererseits sind alle Personen erfasst, die an diesen Aufgaben «beteiligt sind».

<sup>10</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 3 zu Art. 33 ATSG.

<sup>11</sup> Botschaft BVG, BBl 2000 273.

<sup>12</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 6 zu Art. 33 ATSG.

Damit unterstehen der Schweigepflicht bspw. die Mitarbeitenden der Vorsorgeeinrichtungen, diein die Durchführung des BVG involvierten Personen des Arbeitgebers, Arbeitnehmervertreter/innen in der paritätischen Verwaltung der Vorsorgeeinrichtung<sup>13</sup>, die an der Aufsicht über die Durchführung beteiligten Mitarbeitenden der kantonalen Aufsichtsbehörden und des Bundesamtes für Sozialversicherung, das Personal der Versicherungsgesellschaften, soweit diese im Auftrag einer Vorsorgeeinrichtung die Risiken Tod und Invalidität abdecken, Revisoren sowie weiter Mitarbeitende von Treuhandbüros, die Aufgaben für eine Vorsorgeeinrichtung übernehmen<sup>14</sup>. Alle diese Personen stehen unter der Strafandrohung des Art. 76 BVG.

#### IV. Geschützte Dritte

Die Schweigepflicht gilt gegenüber «Dritten». Grundsätzlich sind «Dritte» im Sinne von Art. 86 BVG all die Stellen und Personen, die nicht zur Vorsorgeeinrichtung gehören<sup>15</sup>. Wann Dritten trotz Schweigepflicht Personendaten bekannt gegeben werden dürfen, entnimmt sich der detaillierten Regelung in Art. 86a BVG (Datenbekanntgabe) bzw. Art. 87 BVG (Amts- und Verwaltungshilfe).

Es fragt sich überdies, ob die Schweigepflicht auch innerhalb der Vorsorgeeinrichtung gilt. Im Lichte des Zweckes der Schweigepflicht, Schutz der Persönlichkeit, kann dies nicht zum vomeherein verneint werden. Die Persönlichkeit einer versicherten Person kann auch dann verletzt werden, wenn innerhalb einer Vorsorgeeinrichtung sensible Personendaten, etwa eine medizinische Diagnose, an Personen bekannt gegeben werden, die diese Information für ihre Aufgabenerfüllung nicht benötigen. Der Persönlichkeitsschutz gebietet demzufolge, dass die Schweigepflicht auch innerhalb der Vorsorgeeinrichtung zu beachten ist<sup>16</sup>. Grenzen der Schweigepflicht innerhalb der Vorsorgeeinrichtung bildet die Praktikabilität: Die Schweigepflicht darf die Durchführung der beruflichen Vorsorge nicht verunmöglichen<sup>1</sup>.

<sup>13</sup> STRELF/ VON KAENEL, Arbeitsvertrag, N 16 zu Art. 321a OR.

<sup>14</sup> GÄCHTER, Outsourcing, 45.

<sup>15</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 10b zu Art. 33 ATSG.

<sup>16</sup> EUGSTER/LUGNBÜHL, Datenschutz, 113.

<sup>17</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 12 zu Art. 33 ATSG.

## V. Schweigepflicht in der weitergehenden beruflichen Vorsorge

- 15 Die Schweigepflicht nach Art. 86 BVG ist auf den Bereich der obligatorischen beruflichen Vorsorge beschränkt<sup>18</sup>. Art. 86 BVG ist nicht in der Liste der Bestimmungen in Art. 49 BVG aufgeführt, die für die Vorsorgeeinrichtungen auch in ihrem Selbständigkeitsbereich Geltung haben.
- 16 Soweit die obligatorische und die weitergehende berufliche Vorsorge organisatorisch nicht getrennt sind, lässt sich die Aufteilung der Schweigepflicht weder gedanklich noch praktisch in einen anwendbaren und nicht anwendbaren Teil aufspalten. Es ist hier vielmehr von *einem Versicherungsverhältnis* auszugehen, auf das die Schweigepflicht nach Art. 86 BVG umfassend Anwendung findet.
- 17 Sofern die weitergehende berufliche Vorsorge organisatorisch getrennt ist, findet Art. 86 BVG keine Anwendung. Diesfalls gelten die zivilrechtlichen Behelfe des Persönlichkeitsschutzes nach Art. 28 ZGB sowie der datenschutzrechtliche Berufsgeheimnisschutz nach Art. 35 DSGVO.
- 18 Die unterschiedlichen Rechtsquellen für die Schweigepflicht und die Folgen ihrer Verletzung führen zu einem sachlich schwer zu rechtfertigenden Ergebnis: Eine Schweigepflichtverletzung im Anwendungsbereich des BVG ist ein Officialdelikt und wird mit Gefängnis oder Busse bedroht. In der weitergehenden beruflichen Vorsorge ist die Verletzung der Schweigepflicht demgegenüber nach Art. 35 DSGVO lediglich ein Antragsdelikt, und die Strafandrohung lautet «nur» Haft oder Busse.

## III. Zur Verschwiegenheit verpflichtete Personen

Der Kreis der von der Schweigepflicht erfassten Personen ist ausserordentlich weit<sup>19</sup>. Der Gesetzestext nennt ausserdem die Bereiche Durchführung, Kontrolle und Aufsicht über die Durchführung, und ausserdem alle Personen, die in diesen Aufgaben betraut sind.

<sup>18</sup> PÄRLI, Datenaustausch, 156.



## Art. 86a

### Datenbekanntgabe

<sup>1</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Daten im Einzelfall und auf schriftliches und begründetes Gesuch hin bekannt gegeben werden an:

- a. Sozialhilfebehörden, wenn sie für die Festsetzung, Änderung oder Rückforderung von Leistungen beziehungsweise für die Verhinderung ungerechtfertigter Bezüge erforderlich sind;
- b. Zivilgerichte, wenn sie für die Beurteilung eines familien- oder erbrechtlichen Streitfalles erforderlich sind;
- c. Strafgerichte und Strafuntersuchungsbehörden, wenn sie für die Abklärung eines Verbrechens oder eines Vergehens erforderlich sind;
- d. Betreibungsämter, nach den Artikeln 91, 163 und 222 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs;
- e. Steuerbehörden, wenn sie sich auf die Ausrichtung von Leistungen der beruflichen Vorsorge beziehen und für die Anwendung der Steuergesetze erforderlich sind.

<sup>2</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Daten bekannt gegeben werden an:

- a. andere mit der Durchführung sowie der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe, wenn sie für die Erfüllung der ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben erforderlich sind;
- b. Organe einer anderen Sozialversicherung, wenn sich eine Pflicht zur Bekanntgabe aus einem Bundesgesetz ergibt;
- b<sup>bi</sup>. Organe einer anderen Sozialversicherung für die Zuweisung oder Verifizierung der Versichertennummer der AHV;
- c. die für die Quellensteuer zuständigen Behörden, nach den Artikeln 88 und 100 des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer sowie den entsprechenden kantonalen Bestimmungen;
- d. Organe der Bundesstatistik, nach dem Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober
- e. Strafuntersuchungsbehörden, wenn es die Anzeige oder die Abwendung eines Verbrechens erfordert.
- f. die IV-Stelle zur Früherfassung nach Artikel 3b IVG oder im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit nach Artikel 68<sup>b</sup> s IVG und an die privaten Versicherungseinrichtungen nach Artikel 68<sup>b</sup> s Absatz 1 Buchstabe b IVG.

<sup>3</sup> Daten dürfen auch der zuständigen Steuerbehörde im Rahmen des Meldeverfahrens nach Artikel 19 des Bundesgesetzes vom 13. Oktober 1965 über die Verrechnungssteuer bekannt gegeben werden.

<sup>4</sup> Daten, die von allgemeinem Interesse sind und sich auf die Anwendung dieses Gesetzes beziehen, dürfen veröffentlicht werden. Die Anonymität der Versicherten muss gewahrt bleiben.

<sup>5</sup> In den übrigen Fällen dürfen Daten an Dritte wie folgt bekannt gegeben werden:

- a. nicht personenbezogene Daten, sofern die Bekanntgabe einem überwiegenden Interesse entspricht;
- b. Personendaten, sofern die betroffene Person im Einzelfall schriftlich eingewilligt hat oder, wenn das Einholen der Einwilligung nicht möglich ist, diese nach den Umständen als im Interesse des Versicherten vorausgesetzt werden darf.

<sup>6</sup> Es dürfen nur die Daten bekannt gegeben werden, welche für den in Frage stehenden Zweck erforderlich sind.

<sup>7</sup> Der Bundesrat regelt die Modalitäten der Bekanntgabe und die Information der betroffenen Person.

<sup>8</sup> Die Daten werden in der Regel schriftlich und kostenlos bekannt gegeben. Der Bundesrat kann die Erhebung einer Gebühr vorsehen, wenn besonders aufwendige Arbeiten erforderlich sind.

Communication  
de données

<sup>1</sup> Dans la mesure où aucun intérêt privé prépondérant ne s'y oppose, des données peuvent être communiquées, dans des cas d'espèce et sur demande écrite et motivée:

- a. aux autorités compétentes en matière d'aide sociale, lorsqu'elles leur sont nécessaires pour fixer ou modifier des prestations, en exigeant la restitution ou prévenir des versements indus;
- b. aux tribunaux civils, lorsqu'elles leur sont nécessaires pour régler un litige relevant du droit de la famille ou des successions;
- c. aux tribunaux pénaux et aux organes d'instruction pénale, lorsqu'elles leur sont nécessaires pour établir les faits en cas de crime ou de délit;
- d. aux offices des poursuites, conformément aux art. 91, 163 et 222 de la loi fédérale du 11 avril 1889 sur la poursuite pour dettes et la faillite;
- e. aux autorités fiscales, lorsqu'elles se rapportent au versement des prestations de la prévoyance professionnelle et qu'elles sont nécessaires à l'application des lois fiscales.

<sup>2</sup> Dans la mesure où aucun intérêt privé prépondérant ne s'y oppose, des données peuvent être communiquées:

- a. à d'autres organes chargés d'appliquer la présente loi ou d'en contrôler ou surveiller l'exécution, lorsqu'elles sont nécessaires à l'accomplissement des tâches que leur assigne cette loi;
- b. aux organes d'une autre assurance sociale, lorsque l'obligation de les communiquer résulte d'une loi fédérale;
- b<sup>b1</sup> aux organes d'une autre assurance sociale, en vue d'attribuer ou de vérifier le numéro d'assuré AVS;
- c. aux autorités compétentes en matière d'impôt à la source, conformément aux art. 88 et 100 de la loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct et aux dispositions cantonales correspondantes;
- d. aux organes de la statistique fédérale, conformément à la loi du 9 octobre 1992 sur la statistique fédérale;

- e. aux autorités d'instruction pénale lorsqu'il s'agit de dénoncer ou de prévenir un crime.
- f. a l'office AI en vue de la détection précoce au sens de l'art. 3b LAI60 ou dans le cadre de la collaboration interinstitutionnelle au sens de l'art. 68<sup>bis</sup> LAI et aux institutions d'assurance privées visées à l'art. 68<sup>bis</sup>, al. 1, let. b, LAI.

<sup>3</sup> Des données peuvent également être communiquées à l'autorité fiscale compétente dans le cadre de la procédure de déclaration prévue à l'art. 19 de la loi fédérale du 13 octobre 1965 sur l'impôt anticipé.

<sup>4</sup> Les données d'intérêt général qui se rapportent à l'application de la présente loi peuvent être publiées. L'anonymat des assurés doit être garanti.

<sup>5</sup> Dans les autres cas, des données peuvent être communiquées à des tiers:

- a. s'agissant de données non personnelles, lorsqu'un intérêt prépondérant le justifie;
- b. s'agissant de données personnelles, lorsque la personne concernée y a, en l'espèce, consenti par écrit ou, s'il n'est pas possible d'obtenir son consentement, lorsque les circonstances permettent de presumer qu'il en va de l'intérêt de l'assuré.

<sup>6</sup> Seules les données qui sont nécessaires au but en question peuvent être communiquées.

<sup>7</sup> Le Conseil fédéral règle les modalités de la communication et l'information de la personne concernée.

<sup>8</sup> Les données sont communiquées en principe par écrit et gratuitement. Le Conseil fédéral peut prévoir la perception d'emoluments pour les cas nécessitant des travaux particulièrement importants.

Comunicazione  
di dati

<sup>1</sup> Purche nessun interesse privato preponderante vi si opponga, in singoli casi e su richiesta scritta e motivata i dati possono essere comunicati:

- a. alle autorità d'assistenza sociale, qualora ne necessitino per determinare o modificare prestazioni, chiedeme la restituzione o prevenire pagamenti indebiti;
- b. ai tribunali civili, qualora ne necessitino per decidere di una controversia relativa al diritto di famiglia o successorio;
- c. ai tribunali penali e alle autorità istruttorie penali, qualora ne necessitino per accertare un crimine o un delitto;
- d. agli uffici d'esecuzione, conformemente agli articoli 91, 163 e 222 della legge federale dell'11 aprile 1889 sulla esecuzione e sul fallimento;
- e. alle autorità fiscali, qualora riguardino il versamento di prestazioni della previdenza professionale e siano necessari per l'applicazione delle leggi in materia fiscale.

<sup>2</sup> Purche nessun interesse privato preponderante vi si opponga, i dati possono essere comunicati:

- a. ad altri organi incaricati di applicare la presente legge, nonché di controllarne o sorvegliarne l'esecuzione, qualora ne necessitino per adempiere gli obblighi conferiti loro dalla presente legge;

- b. agli organi di altre assicurazioni sociali, qualora l'obbligo di comunicazione sia sancito da una legge federale;
- b<sup>bis</sup> agli organi di un'altra assicurazione sociale per assegnare o verificare il numero d'assicurato dell'AVS ;
- c. alle autorità competenti per l'imposta alla fonte, conformemente agli articoli 88 e 100 della legge federale del 14 dicembre 1990 sull'imposta federale diretta, nonché alle rispettive disposizioni cantonali;
- d. agli organi della statistica federale, conformemente alla legge federale del 9 ottobre 1992 sulla statistica federale;
- e. alle autorità istruttorie penali, qualora ne necessitino per denunciare o impedire un crimine.
- f. all'ufficio AI competente per il rilevamento tempestivo conformemente all'articolo 3b LAJ61 o nell'ambito della collaborazione interistituzionale secondo l'articolo 68<sup>bis</sup> LAI e agli istituti d'assicurazione privati secondo l'articolo 68<sup>ls</sup> capoverso 1 lettera b LAI.
- 3 I dati possono altresì essere comunicati alle competenti autorità fiscali nell'ambito della procedura di notifica di cui all'articolo 19 della legge federale del 13 ottobre 1965 sull'imposta preventiva.
- 4 I dati d'interesse generale in relazione all'applicazione della presente legge possono essere pubblicati. L'anonimato degli assicurati è garantito.
- 5 Negli altri casi i dati possono essere comunicati a terzi alle condizioni seguenti:
- a. per i dati non personali: se la comunicazione è giustificata da un interesse preponderante;
  - b. per i dati personali: se, nel caso specifico, la persona interessata ha dato il suo consenso scritto o, qualora non sia possibile ottenerlo, le circostanze permettono di presumere che la comunicazione dei dati sia nell'interesse dell'assicurato.
- 6 Possono essere comunicati solo i dati necessari per l'obiettivo perseguito.
- 7 Il Consiglio federale disciplina le modalità di comunicazione e d'informazione della persona interessata.
- 8 I dati sono di norma comunicati per scritto e gratuitamente. Il Consiglio federale può prevedere la riscossione di un emolumento qualora sia necessario un particolare dispendio di lavoro.

## Inhaltsverzeichnis

	Note	Seite
I. Allgemeines .....	1	1401
1. Entstehungsgeschichte .....	1	1401
2. Zweck und Aufbau der Norm .....	3	1402
3. Schutz der betroffenen Personen .....	5	1402



II.	Datenbekanntgabe im Einzelfall auf schriftliches Gesuch hin (Abs. 1) .....	7	1403
1.	Sozialhilfebehörden (Bst. a) .....	7	1403
2.	Zivil- und Strafgerichte (Bst. b und c).....	10	1404
3.	Betreibungsämter und Steuerbehörden (Bst. d und e) .....	12	1404
III.	Unaufgefordert zulässige Datenbekanntgabe (Abs. 2) .....	14	1405
a.	Unbestrittener Datenfluss (Bst. a-e) .....	14	1405
b.	Umstritten: Datenbekanntgabe an die IV und Privatversicherer (Bst. f) .....	18	1405
IV.	Übrige Fälle zulässiger Datenbekanntgabe (Abs. 5) .....	20	1406
V.	Datenbekanntgabe in der weitergehenden beruflichen Vorsorge .....	21	1406

## Literaturverzeichnis

ADELAIDE BIGOVICINANCY WAYLAND, Die fünfte *IV-Revision* vor der Referendumsabstimmung, Soziale Sicherheit 2/2007, 91 ff.; STEFAN BRUNNER, Das revidierte *Datenschutzgesetz* und seine Auswirkungen, 109 ff.; *BSV-Mitteilungen* über die berufliche Vorsorge Nr. 64 vom 28. Oktober 2002, Rz. 392; BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNG, Beiträge zur sozialen Sicherheit, Persönlichkeitsschutz in der sozialen und privaten Kranken- und Unfallversicherung, Forschungsbericht Nr.7/01; BARBARA EGLI, Schutz der *Privatsphäre* beim Umgang mit Personendaten, Schweizer Personalvorsorge 05/02, 393-395; SUSANNE FRIEDAUER, *Neuerungen* im Rahmen der fünften IV-Revision, HILL (Health Insurance Liability Law) vom 22.7.2007, 1. ff.; RENE HUBER, Die *Teilrevision* des Eidg. Datenschutzgesetzes - ungenügende Pinselrenovation, recht 24 (2006), 205 ff.; KURT PÄRLI, Wirksamkeit und Wirkung ausgewählter Massnahmen im Rahmen der fünften IV-Revision, *Jusletter* vom 24.10.2005; *ders.*, *JIZ*: Illusionäre Wirkungen-Gefahren einer fürsorglichen Belagerung, in: Thomas Gächter (Hrsg.), Rechtsfragen zur Interinstitutionellen Zusammenarbeit, Bern 2007; CLAUDE VOEGELI, Bearbeitung von *Personendaten* in den Sozialversicherungen: neue Gesetzesbestimmungen, in: Soziale Sicherheit 2001/2, 98 ff.; sowie zentrales Literaturverzeichnis.

## 1. Allgemeines

### 1. Entstehungsgeschichte

Art. 86a BVG ist im Jahre 2000 im Rahmen der notwendigen Anpassungen des BVG an die Vorschriften des Bundesgesetzes über den Datenschutz ins Gesetz aufgenommen worden<sup>1</sup>. Ziel des Gesetzgebungsprogramms war sowohl die Schaffung ausreichender gesetzlicher Grundlagen für die Bearbeitung von Personendaten wie auch die für alle Sozialversicherer einheitliche Regelung der Schweigepflichten und ihrer Ausnahmen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Bundesgesetz vom 30. Juni 2000 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge, Änderungen vom 23. Juni 2000, Ziffer I, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AS 2000, 2689).

<sup>2</sup> Botschaft gesetzliche Änderungen Personendatenbearbeitung, BBl 2000 260 ff.

- 2 Die Regelung über die Fälle zulässiger Datenbekanntgabe in Art. 86a BVG löst weitgehend Art. 1 der vorher gestützt auf Art. 86 Abs. 2 BVG erlassenen Verordnung über die Ausnahmen in der beruflichen Vorsorge<sup>3</sup> ab4.

## 2. Zweck und Aufbau der Norm

- 3 Die in Art. 86a BVG geregelte *Datenbekanntgabe* geht der allgemeinen Bestimmung über die Bearbeitung von Personendaten (Art. 85a BVG) vor. Art. 86a BVG hält zusammen mit der Normierung der Akteneinsicht (Art. 85b BVG) und der Amts- und Verwaltungshilfe (Art. 87 BVG) die *Ausnahmen von der Schweigepflicht* fest<sup>5</sup>. Sichergestellt werden soll damit die ordentliche Durchführung der Beruflichen Vorsorge und die Ansprüche der Destinatäre und anwartschaftlich Berechtigten<sup>6</sup>.
- 4 Die *Fälle zulässiger Datenbekanntgaben* werden in nicht weniger als acht Absätzen geregelt. Die *Liste ist abschliessend*<sup>7</sup>. Die wichtigsten Unterschiede betreffend die Datenbekanntgabe, die nur auf schriftliches Gesuch hin im Einzelfall zulässig ist (Art. 86a Abs. 1 Bst. a-e BVG), die unaufgefordert zulässige Datenbekanntgabe (Art. 86a Abs. 2 Bst. a-f BVG) sowie die Datenbekanntgabe, die im Einzelfall eine schriftliche Einwilligung der betroffenen Person erfordert.

## 3. Schutz der betroffenen Personen

- 5 Die Zulässigkeit der Datenbekanntgabe auf schriftliches Gesuch hin und die der unaufgeforderten Datenbekanntgabe stehen unter dem Vorbehalt, dass kein *überwiegendes Privatinteresse* entgegensteht. Solche Interessen sind bspw. sensible Gesundheitsdaten der Versicherten oder Geschäftsgeheimnisse der Arbeitgebenden<sup>8</sup>. Die Bekanntgabe dieser Daten ist nur zulässig, wenn die entgegenstehenden Interessen der Datenempfänger überwiegen. Das ist bspw. beim Interesse der Steuerbehörden an den *erforderlichen* Angaben für die korrekte Veranlagung gegeben<sup>9</sup>.

<sup>3</sup> Verordnung über die Ausnahmen von der Schweigepflicht in der beruflichen Vorsorge und über die Auskunftspflicht der AHV/IV-Organen vom 7.12.1987, VSABV; AS 1988 97, aufgehoben am 22. November 2000 (AS 2000 2909).

<sup>4</sup> Botschaft gesetzliche Änderungen Personendatenbearbeitung, 881 2000 268 ff.; MOSER, Personalvorsorge, 25; HELBLING, Gesamtdarstellung, 302.

<sup>5</sup> STAUFFER, Berufliche Vorsorge, Rz. 1542.

<sup>6</sup> Bundesgerichtsentscheid der II. öffentlich-rechtlichen Abteil. vom 14. Februar 1997, Erw. 3b, abgedruckt in der SZS 1998, 63.

<sup>7</sup> STAUFFER, Berufliche Vorsorge, Rz. 1543.

<sup>8</sup> BSV-Mitteilungen Nr. 64, Rz. 392; BGE vom 25. Juli 2001, 2A.96/2000, Erw. 5; VETTER, Berufliche Vorsorge, 395.

<sup>9</sup> VETTER, Berufliche Vorsorge, 296.

Dem Schutz der von der Datenbekanntgabe betroffenen Personen dient weiter, wenn sie über die erfolgte Datenbekanntgabe informiert werden. Nur damit kann der verfassungsmässige Anspruch auf informationelle Selbstbestimmung gerecht werden<sup>1</sup>. Art. 86a Abs. 7 BVG enthält eine Delegationsnorm an den Bundesrat, der die Modalitäten der Bekanntgabe und Information der Datenbekanntgabe an die betroffenen Personen regeln soll. Bis heute hat der Bundesrat keine solche Verordnung erlassen. Auf die Vorsorgeeinrichtungen sind jedoch die Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG) anwendbar. Vorsorgeeinrichtungen sind Bundesorgane im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. b DSG. Damit kommt auch der aus Art. 4 DSG abgeleitete Grundsatz der Transparenz zur Anwendung. Das Transparenzgebot verlangt nicht nur, dass Personen über die Datenbeschaffung informiert werden. Darüber hinaus ist erforderlich, dass die betroffenen Personen informiert werden, wenn über sie Daten an Dritte bekanntgegeben werden<sup>11</sup>. Der Transparenzgrundsatz wurde zudem in der ersten Revision des Datenschutzgesetzes vom 24. März 2006 verstärkt<sup>12</sup>.

## II. Datenbekanntgabe im Einzelfall auf schriftliches Gesuch hin (Abs. 1)

### 1. Sozialhilfebehörden (Bst. a)

Bei Bedürftigkeit muss die öffentliche Sozialhilfe den betroffenen Personen Bedarfsleistungen erteilen. Nicht selten erhalten diese Personen später *rückwirkend* Leistungen aus der Invalidenversicherung und Invaliditätsleistungen einer Vorsorgeeinrichtung. Auch kommt vereinzelt vor, dass Sozialhilfebezügler/innen ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht vollständig bekannt geben. Mit Art. 86a Abs. 1 Bst. a BVG hat der Gesetzgeber eine Grundlage dafür geschaffen, dass Vorsorgeeinrichtungen auf schriftliches Gesuch der Sozialhilfebehörden befugt sind, Daten wie bspw. Ausrichtung und Höhe einer Invaliditätsleistung oder auch eine Barauszahlung einer Freizügigkeitsleistung bekanntzugeben.

Aus dem Gesuch der Sozialhilfebehörde muss der Grund für die Auskunft klar hervorgehen (der Gesetzestext erwähnt «begründetes Gesuch»). Anders kann die Vorsorgeeinrichtung die gesetzliche Auflage, *nur die erforderlichen* Daten be-

<sup>10</sup> Siehe Art. 13 Abs. 2 BV, dazu BGE 128 II 259 E. 3.2, grundlegend BGE 113 Ia 1 E. 4b/bb; 113 Ia 257, E. 4b-d; Siehe zum Ganzen weiter SCHWEIZER, SO-Komm., Art. 13, N 40.

<sup>11</sup> MAURER-LAMBROU/STERNER, Datenschutzgesetz, N 8 zu Art. 4 DSG; Bundesamt für Sozialversicherung, 15.

<sup>12</sup> Die Verbesserung der Transparenz betrifft vor allem die Datenbeschaffung, siehe die neuen Art. 4 Abs. 4 und Art. 7a DSG. Zur DSG-Revision siehe: BRUNNER, Datenschutzgesetz, 109 ff.; HUBER, Teilrevision, 1 ff.



kannt zu geben, nicht erfüllen. Unzulässig sind etwa allgemeine Anfragen ohne konkretes Ziel<sup>13</sup>.

- 9 Die versicherte Person ist über die Datenbekanntgabe zu informieren<sup>14</sup>.

## 2. Zivil- und Straferichte (Bst. b und c)

- 10 Die Befugnis zur Datenbekanntgabe an Zivilgerichte ist in erster Linie in familien- und erbrechtlichen Fällen relevant<sup>15</sup>.
- 11 Strafrechtliche Interessen an Daten der Beruflichen Vorsorge sind insbesondere in strafrechtlichen Verfahren wegen missbräuchlichen Bezugs von Sozial- oder Sozialversicherungsleistungen ersichtlich. Strafuntersuchungsbehörden und Straferichte dürfen von der Vorsorgeeinrichtung Daten über die versicherte Person einfordern. Strafverfahren können sich jedoch auch gegenüber Arbeitgeber bzw. dessen Personal oder gegen andere an der Durchführung der beruflichen Vorsorge beteiligte Personen richten. Auch hier sind die Vorsorgeeinrichtungen verpflichtet, auf schriftliches Gesuch hin die erforderlichen Daten bekannt zu geben.

## 3. Betreibungsämter und Steuerbehörden (Bst. d und e)

- 12 Die Betreibungsämter wurden neu in die Liste derjenigen Institutionen aufgenommen, an die eine Datenbekanntgabe zulässig ist<sup>1</sup>. Der Entscheid des Gesetzgebers beruht auf einem Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahre 1998<sup>17</sup>. Daraus geht hervor, dass die Sozialversicherungen gegenüber den Betreibungsämtern auskunftspflichtig sind, wenn sich dies aus dem Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz ergibt<sup>18</sup>.
- 13 Die Datenbekanntgabe an die Steuerbehörden umfasst nach einem Entscheid des Bundesgerichtes im Jahre 2001 auch die Auszahlungsadresse der Invalidenrente<sup>19</sup>. Die Vorinstanz hatte erwogen, die Auskunftspflicht sei erfüllt, wenn Fälligkeit und Höhe der Rentenzahlung bekannt gegeben würden, weil damit die Steuerbehörde über alle erforderlichen Daten für die Besteuerung der fraglichen Rente verfüge. Die Bekanntgabe der Auszahlungsadresse würde den Steuerbehörden ermöglichen, künftig irgendwelche Daten über den Steuerpflichtigen zu erbe-

<sup>13</sup> BGE vom 25. Juli 2001, 2A.96/2000, Erw. 4b; VETTER, Berufliche Vorsorge, 296.

<sup>14</sup> Siehe oben, N 6

<sup>15</sup> Botschaft gesetzliche Grundlagen Personendatenbearbeitung, BBl 2000, 264; MOSER, Personalvorsorge, 25.

<sup>16</sup> Botschaft gesetzliche Grundlagen Personendatenbearbeitung, 881 2000 265.

<sup>17</sup> BGE 124 III 170.

<sup>18</sup> BGE 124 I 170, Erw. 5.

<sup>19</sup> BGE vom 25. Juli 2001, 2A.96/2000.



ben<sup>20</sup>. Das Bundesgericht folgte dieser Logik nicht. Die Kenntnis der Auszahlungsadresse diene den Steuerbehörden zur Sicherung der Steuerforderung, und damit stelle dies eine Information dar, die zur Anwendung der Steuergesetze erforderlich sei<sup>21</sup>.

III. Unaufgefordert zulässige Datenbekanntgabe (Abs. 2)

a Unbestrittener Datenfluss (Bst. a-e)

Soweit kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, ist die Datenbekanntgabe ohne schriftliches Ersuchen zwischen den verschiedenen Organen der beruflichen Vorsorge zulässig, soweit die Daten für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind (Bst. a). 14

An Organe anderer Sozialversicherer ist die unaufgeforderte Datenbekanntgabe zulässig, sofern dafür eine gesetzliche Pflicht besteht (Bst. b). Ziel dieser Bestimmung ist, unter Berücksichtigung allfälliger überwiegender Privatinteressen die Durchführung der beruflichen Vorsorge in ihrem Zusammenwirken mit anderen Sozialversicherungen nicht durch Datenschutz- und Schweigepflichtnormen zu verunmöglichen. 15

Zulässig ist die unaufgeforderte Bekanntgabe gegenüber den für die Quellensteuer zuständigen Behörden, den Organen der Bundesstatistik und Strafuntersuchungsbehörden (Bst. c-e). 16

Die Datenbekanntgabe an die vorgenannten Institutionen ist unbestritten<sup>22</sup>. 17

b Umstritten: Datenbekanntgabe an die IV und Privatversicherer (Bst. f)

Nach dem revidierten Invalidenversicherungsgesetz (IVG) sind Einrichtungen der beruflichen Vorsorge zur Meldung von Versicherten an die Früherfassungsstellen der IV befugt (Art. 3b rev. IVG)<sup>23</sup>. Eine solche Meldung ist bspw. denkbar, wenn die Vorsorgeeinrichtung Kenntnis von einer längerdauernden Arbeitsunfähigkeit erhält<sup>24</sup>. Die Datenbekanntgabe der Vorsorgeeinrichtung ist nach Art. 3b IVG selbst dann zulässig, wenn die versicherte Person mit der Mel- 18

<sup>20</sup> BGE vom 25. Juli 2001, 2A.96/2000, Erw. 3a.  
<sup>21</sup> BGE vom 25. Juli 2001, 2A.96/2000, Erw. 4a und 5.  
<sup>22</sup> Weder VETTER, Berufliche Vorsorge, 293 ff.; STAUFFER, Berufliche Vorsorge, Rz. 1543; VOEGELI, Personendaten, 98 ff.; EGLI, Privatsphäre, 393 oder HELBLING, Gesamtdarstellung, 302 problematisieren diesen Datenfluss. Auch in den Publikationen des Eidg. Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) werden die Normen nicht kritisiert.  
<sup>23</sup> Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) Änderung vom 6. Oktober 2006.  
<sup>24</sup> Botschaft 5. IV-Revision, BBl 2005 4513 ff.

dung nicht einverstanden ist<sup>25</sup>. Der Wille des Gesetzgebers ist, potenziell Invalide möglichst frühzeitig der Invalidenversicherung zuzuführen<sup>26</sup>. Das Funktionieren des Systems der Früherfassung ist umstritten. Namentlich werden auch datenschutzrechtliche Bedenken geäussert<sup>27</sup>. Diesen kann insofern Rechnung getragen werden, als die Meldung an die IV-Stelle zur Früherfassung unter dem Vorbehalt steht, dass keine überwiegenden Privatinteressen entgegenstehen. Der ausdrückliche Wille einer versicherten Person, sie möchte sich nicht bei der Invalidenversicherung zur Früherfassung melden lassen, könnte im Einzelfall ein solches überwiegendes Privatinteresse darstellen.

- 19 Ein weiteres Ziel der fünften IV-Revision ist die Stärkung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) zwischen der Invalidenversicherung, der Beruflichen Vorsorge, den Privatversicherern und der Sozialhilfe<sup>28</sup>. Die Vorsorgeeinrichtungen sind nun durch Art. 68 IVG und Art. 68<sup>bis</sup> JVG zur unaufgeforderten Datenbekanntgabe an diese Institutionen legitimiert.

#### IV. Übrige Fälle zulässiger Datenbekanntgabe (Abs. 5)

- 20 Die Bekanntgabe von Personendaten ist weiter zulässig, wenn die betroffenen Personen im Einzelfall schriftlich eingewilligt haben. An die Einwilligung gilt es insbesondere Alt. 4 Abs. 5 des revidierten DSG zu beachten: Die Einwilligung in die Datenbearbeitung einschliesslich der Datenbekanntgabe ist nur gültig, wenn sie nach angemessener Information freiwillig erfolgt ist. Werden besonders schützenswerte Daten im Sinne von Art. 3 Bst. c DSG (z.B. Gesundheitsdaten) bearbeitet, muss die Einwilligung zudem ausdrücklich erfolgen.

#### V. Datenbekanntgabe in der weitergehenden beruflichen Vorsorge

- 21 Art. 86a BVG ist nicht bei den Bestimmungen in Art. 49 BVG aufgeführt, die auch im Selbständigkeitsbereich der beruflichen Vorsorge gelten. Für die Datenbekanntgabe gelten deshalb «nurn die Bestimmungen des DSG für Private, namentlich sind das Transparenzprinzip, der Grundsatz der verhältnismässigen Datenbekanntgabe relevant.

<sup>25</sup> Botschaft 5 IV-Revision, BBl 2005 4514 (zwar besteht keine obligatorische Meldepflicht, hingegen dürfen eine Reihe von Personen und Institutionen Versicherte bei der IV zur Früherfassung melden, ohne dass es dafür eine Zustimmung der betroffenen Personen braucht).

<sup>26</sup> BIGOVICWAYLAND, IV-Revision, 91 ff. Kritisch dazu: PÄRLI, IIZ, 19 ff.

<sup>27</sup> FRIEDAUER, Neuerungen, 1 ff., PÄRLI, Jusletter, Rz. 30 ff.

<sup>28</sup> Botschaft 5 IV-Revision, BBl 2005 4518 ff.

## Art. 86b

### Information der Versicherten

<sup>1</sup>Die Vorsorgeeinrichtung muss ihre Versicherten jährlich in geeigneter Form informieren über:

- a. die Leistungsansprüche, den koordinierten Lohn, den Beitragsatz und das Altersguthaben;
- b. die Organisation und die Finanzierung;
- c. die Mitglieder des paritätisch besetzten Organs nach Artikel 51.

<sup>2</sup>Auf Anfrage hin ist den Versicherten die Jahresrechnung und der Jahresbericht auszuhändigen. Ebenso hat ihnen die Vorsorgeeinrichtungen auf Anfrage hin Informationen über den Kapitalertrag, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, die Reservebildung sowie den Deckungsgrad abzugeben.

<sup>3</sup>Sammet- und Gemeinschaftseinrichtungen haben das paritätisch besetzte Organ auf Anfrage hin über Beitragsausstände des Arbeitgebers zu orientieren. Die Vorsorgeeinrichtung muss das paritätisch besetzte Organ von sich aus orientieren, wenn reglementarische Beiträge innert drei Monaten nach dem vereinbarten Fälligkeitstermin noch nicht überwiesen worden sind.

<sup>4</sup>Artikel 75 ist anwendbar.

### Information des assurés

<sup>1</sup>L'institution de prevoyance renseigne chaque annee ses assures de maniere adequate sur:

- a. leurs droits aux prestations, le salaire coordonne, le taux de cotisation et l'avoir de vieillesse;
- b. l'organisation et le financement;
- c. les membres de l'organe paritaire selon l'art. 51.

<sup>2</sup>Les assures peuvent demander la remise des comptes annuels et du rapport annuel. L'institution de prevoyance doit en outre informer les assures qui le demandent sur le rendement du capital, l'evolution du risque actuariel, les frais d'administration, les principes de calcul du capital de couverture, les provisions supplementaires et le degre de couverture.

<sup>3</sup>Les institutions de prevoyance collectives ou communes doivent informer l'organe paritaire, sur demande, des cotisations non transferees par l'employeur. L'institution de prevoyance doit informer d'office l'organe paritaire lorsque les cotisations reglementaires n'ont pas ete transferees dans les trois mois suivant le terme d'echeance convenu.

<sup>4</sup>L'art. 75 est applicable.

### Informazione degli assicurati

<sup>1</sup>L'istituto di previdenza informa ogni anno in modo adeguato gli assicurati su:

- a. i diritti alle prestazioni, il salario coordinato, l'aliquota di contribuzione e l'avere di vecchiaia;
- b. l'organizzazione e il finanziamento;
- c. i membri dell'organo paritetico secondo l'articolo 51.



<sup>2</sup> Su domanda, il conto annuale e il rapporto annuale devono essere consegnati agli assicurati. L'istituto di previdenza è tenuto inoltre, su domanda, a fornire loro informazioni sulla redditività del capitale, sull'evoluzione del rischio attuariale, sulle spese di amministrazione, sul calcolo della riserva matematica, sulla costituzione di riserve e sul grado di copertura.

<sup>3</sup> Su domanda, gli istituti collettivi e comuni devono informare l'organo paritetico sui contributi arretrati del datore di lavoro. L'istituto di previdenza deve, di moto proprio, informare l'organo paritetico qualora i contributi regolamentari non siano ancora stati versati entro tre mesi dal termine di scadenza convenuto.

<sup>4</sup> L'articolo 75 è applicabile.

## Inhaltsverzeichnis

Note Seite

I.	Allgemeines .....	1	1408
1.	Entstehungsgeschichte .....	1	1408
2.	Verhältnis zur Informationspflicht nach Arbeitsvertragsrecht.....	3	1409
3.	Informationspflicht in der weitergehenden beruflichen Vorsorge.....	4	1409
U.	Die einzelnen Informationspflichten .....	5	1410
1.	Jährliche Informationspflichten (Abs. 1).....	5	1410
2.	Nähe zu Art. 27 ATSG.....	7	1410
3.	Informationen auf Anfrage (Abs. 2 und 3).....	10	1411
M.	Rechtsfolgen unterlassener oder falscher Information .....	11	1411
1.	Durchsetzung des Informationsanspruchs.....	11	1411
2.	Folgen falscher, unterbliebener und verweigerter Information.....	12	1412

## Literaturverzeichnis

ULRICH MEYER-BLASER, Grundlagen, Begriff und Grenzen der *Beratungspflicht* der Sozialversicherungsträger nach Art. 27 Abs. 2 ATSG (Bemerkungen zum Umgang mit BGE 131 V 472), in: Schaffhauser/Schlauri, Sozialversicherungsrechtstagung 2006, St. Gallen 2006, 9 ff.; sowie zentrales Literaturverzeichnis.

## I. Allgemeines

### 1. Entstehungsgeschichte

Bereits 1994 legte die BVG-Kommission<sup>1</sup> verschiedene Vorschläge zur Änderung des BVG vor, die auch eine Verbesserung der Information der Versicherten beinhaltete<sup>2</sup>. Vor Art. 86b BVG waren die Vorsorgeeinrichtungen durch

<sup>1</sup> Siehe zur BVG-Kommission die Kommentierung von Art. 85.

<sup>2</sup> Botschaft zur 1. BVG-Revision, BBl 2000 2648.



verschiedene Bestimmungen zur Information verpflichtet (Art. 8 und Art. 24 Freizügigkeitsgesetz FZG, Art. 30/ BVG, Art. 89<sup>bis</sup> Abs. 2 ZGB)<sup>3</sup>. Eine beschränkte Pflicht zur Information ergab sich aus der Weisung des Bundesrates vom 11. Mai 1988 zur Auskunftserteilung der registrierten Vorsorgeeinrichtungen an ihre Versicherten<sup>4</sup>. Nach der bundesrätlichen Botschaft genügten diese Bestimmungen nicht. Die Praxis zeige, dass die Vorsorgeeinrichtungen eine sehr unterschiedliche Informationspraxis hätten und viele Versicherte erst auf Anfrage informiert würden. Eine gesetzliche Verankerung einer Mindestinformationspflicht sei deshalb unumgänglich<sup>5</sup>.

Zur Verbesserung der Information an die Versicherten schlug der Bundesrat vor, eine jährliche Information über die persönliche Vorsorgesituation an die Versicherten vorzusehen. Darüber hinaus sollen sich die Versicherten auch ein Bild über die Tätigkeit ihrer Vorsorgeeinrichtung machen können und zudem ins Bild gesetzt werden, wenn ihr Arbeitgeber seiner Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge nicht nachkommt<sup>6</sup>. Die Vorschläge waren in der parlamentarischen Debatte nicht umstritten<sup>7</sup>. Am 1.4.2004 trat Art. 86b Abs. 2 und am 1.1.2005 traten die übrigen Absätze in Kraft<sup>8</sup>.

## 2. Verhältnis zur Informationspflicht nach Arbeitsvertragsrecht

Die berufliche Vorsorge steht in engem Zusammenhang mit dem Arbeitsvertrag. Auch den Arbeitgeber trifft gestützt auf Art. 331 Abs. 4 OR eine Informationspflicht, über die den Arbeitnehmenden zustehenden Forderungsrechte gegenüber einer Vorsorgeeinrichtung zu informieren<sup>9</sup>. Die Informationspflicht des Arbeitgebers ist jedoch klar von derjenigen der Vorsorgeeinrichtung zu unterscheiden<sup>10</sup>. Insbesondere bildet Art. 331 Abs. 4 keine gesetzliche Grundlage für die Informationspflicht der Vorsorgeeinrichtung.

## 3. Informationspflicht in der weitergehenden beruflichen Vorsorge

Art. 86b BVG gilt auch in der weitergehenden beruflichen Vorsorge (siehe Art. 49 Abs. 2. Ziff. 26 BVG).

<sup>3</sup> VETTER, Berufliche Vorsorge, 297.

<sup>4</sup> BBI 1988 II 641 f.

<sup>5</sup> Botschaft zur 1. BVG-Revision, BBI 2000 2678.

<sup>6</sup> Botschaft zur 1. BVG-Revision, BBI 2000 2679.

<sup>7</sup> Amtl. Bull. NR vom 16.4.2002, N 573; Amtl. Bull. SR vom 28.11.2002, 1053.

<sup>8</sup> Ziff. 1 des Bundesgesetzes vom 2. Oktober 2003 (1. BVG-Revision), AS 2004 1677 1700.

<sup>9</sup> Siehe dazu: STREIFF/VON KAENEL, Arbeitsvertrag, N 10 zu Art. 331 Abs. 4 OR.

<sup>10</sup> STAUFFER, Berufliche Vorsorge, Rz. 1547.

## II. Die einzelnen Informationspflichten

### 1. Jährliche Informationspflichten (Abs. 1)

- 5 Die in Art. 86b Abs. 1 BVG aufgeführten Bereiche, über die eine Vorsorgeeinrichtung die Versicherten jährlich in geeigneter Form informieren muss, betreffen vorab die wichtigsten Angaben über die individuelle Versicherungssituation (Bst. a, Leistungsansprüche, koordinierter Lohn, Beitragssatz und Altersguthaben). Mit der Pflicht zur Information über Organisation und Finanzierung (Bst. b) sollen die Versicherten Klarheit über das System, z.B. Beitrags- oder Leistungsprimat, ihrer Vorsorgeeinrichtung gewinnen<sup>11</sup>. Die Informationspflicht über die Zusammensetzung des paritätischen Organs bezweckt, dass die Versicherten bei Problemen einen Ansprechpartner haben<sup>12</sup>.
- 6 Die Informationen nach Art. 86b Abs. 1 Bst. a-c BVG haben in *geeigneter Form* zu erfolgen. Die Daten über die individuelle Versicherungssituation sind in einem persönlichen Versicherungsausweis aufzulisten<sup>13</sup>.

### 2. Nähe zu Art. 27 ATSG

- 7 Nach einem Urteil des Bundesgerichtes vom 6. Juni 2007 gehört die Information über die Einführung der Lebenspartnerrente zu den Informationen, die den Versicherten gestützt auf Art. 86b BVG in geeigneter Form, vorliegend durch die Pensionskasse des Bundes Publica, mitzuteilen ist. Das Bundesgericht erachtet es als fraglich, ob diesem Erfordernis mit der Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung Genüge getan sei<sup>14</sup>.
- 8 Im Urteil vom 17. August 2005 hatte das Bundesgericht zu prüfen, ob die Pensionskasse EVK ihre Versicherten im Jahre 1994 hätte über die Möglichkeit eines Pensionskasseneinkaufs im Zusammenhang mit einem Statutenwechsel informieren müssen. Im *damaligen Zeitpunkt* bestand keine generelle gesetzliche Informationspflicht. Mangels allgemeiner Informationspflicht konnten die beiden Beschwerde führenden Versicherten aus der unterbliebenen Information im Jahre 1994 aus Treu und Glauben keine Rechte ableiten. Die Berufung auf den öffentlich-rechtlichen Vertrauensschutz scheiterte, da dieser lediglich eine in Verletzung *gesetzlicher* Informationspflichten unterbliebene Auskunft der unrichtigen Auskunft gleichstellt (BGE 124 V 215, 121 V 34 Erw. 2c, 123 II 245 Erw. 3f.)<sup>16</sup>.

<sup>1</sup> HELBLING, Gesamtdarstellung, 299.

<sup>2</sup> Botschaft I. BVG-Revision, BBl 2000 2702.

<sup>3</sup> Für ein Musterbeispiel siehe HELBLING, Gesamtdarstellung, 300 (Darstellung 6J).

<sup>4</sup> BGer vom 6. Juni 2007, B.85.2006, Erw. 5.1.

<sup>5</sup> BGer vom 17. August 2005, B.61.2002.

<sup>6</sup> BGer vom 17. August 2005, B 6102, Erw. 5.3. Siehe auch BGer vom 1. September 2006, B.47.2005, Erw. 3.4.

Mit Alt. 86b BVG ist diese gesetzliche Informationspflicht nun gegeben. Es ist davon auszugehen, dass künftig eine unterbliebene Information den Rechtsfolgen einer unrichtigen Auskunft gleichgestellt wird<sup>17</sup>.

Aus der bisherigen Rechtsprechung lässt sich erkennen, dass das Bundesgericht die Informationspflicht der Vorsorgeeinrichtung unter Anlehnung an die in Art. 27 ATSG verankerte Informations- und Beratungspflicht der Sozialversicherer konkretisiert. Zwar untersteht die berufliche Vorsorge nicht dem ATSG. Art. 86b BVG und Art. 27 ATSG verfolgen jedoch einen vergleichbaren Zweck<sup>18</sup>. Aus der Rechtsprechung des Bundesgerichts zu Art. 27 ATSG ergibt sich, dass die Beratungspflicht des Sozialversicherers umfasst, «dem Berechtigten positiv den Weg aufzuzeigen, auf dem er zu den gesetzlich vorgesehenen Leistungen gelangt»<sup>19</sup>. Daraus ist bspw. abzuleiten, dass die Vorsorgeeinrichtungen den Versicherten allfällige Reglementsänderungen unaufgefordert und rechtzeitig bekannt geben, damit diese allfällig notwendige Dispositionen (z.B. betreffend Einkauf) treffen können.

### 3. Informationen auf Anfrage (Abs. 2 und 3)

Der Anspruch auf Information zur individuellen Situation wird ergänzt durch die Pflicht der Vorsorgeeinrichtungen, auf Anfrage hin den Versicherten Jahresrechnung und Jahresbericht auszuhändigen sowie weitere Auskünfte zur finanziellen Situation der Vorsorgeeinrichtung zu erteilen. In Art. 48c der Verordnung 2 zum BVG<sup>20</sup> wird auf den Bericht des Experten für die berufliche Vorsorge (Art. 53 Abs. 2 BVG) als Grundlage für diese Informationspflichten hingewiesen.

## III. Rechtsfolgen unterlassener oder falscher Information

### 1. Durchsetzung des Informationsanspruchs

Die Informationsansprüche nach Art. 86b BVG sind rechtlich erzwingbar<sup>21</sup>. Die Versicherten können sich im Falle von verweigten oder ungenügenden Auskünften mit einer Beschwerde an die Aufsichtsbehörden wenden (Art. 62 Abs. 1 Bst. e BVG). Die Entscheide der Aufsichtsbehörde können an das Bun-

<sup>17</sup> Siehe dazu unten, N 12 ff.

<sup>18</sup> KIESER, Auswirkungen, 7.

<sup>19</sup> BGE 131 V 472, Erw. 43. Zur Rechtsprechung zu Art. 27 ATSG siehe weiter: MEYER-BLASER, Beratungspflicht, 9 ff.

<sup>20</sup> Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2), SR 831.441.1.

<sup>21</sup> VETTER, Berufliche Vorsorge, 298.



desverwaltungsgericht (Art. 74 Abs. 1) und letztinstanzlich an das Bundesgericht weitergezogen werden. Das Beschwerdeverfahren ist für die Versicherten kostenlos, sofern nicht mutwilliges oder leichtsinniges Prozessieren vorliegt.

## 2. Folgen falscher, unterbliebener und verweigerter Information

- 12 Art. 86b Abs. 4 BVG verweist auf die Strafbestimmungen des BVG. Wer wissentlich falsche Auskünfte erteilt oder die Auskunft verweigert, wird mit Haft oder Busse bis zu 10 000 Franken bestraft. Mit der Strafandrohung unterstreicht der Gesetzgeber die Bedeutung der Erhöhung der Transparenz in der beruflichen Vorsorge durch die Statuierung von gesetzlichen Informationspflichten.
- 13 Eine *falsche Auskunft* einer Vorsorgeeinrichtung konnte bereits vor Art. 86b BVG eine Haftung der Vorsorgeeinrichtung nach den Grundsätzen des Vertrauensschutzes<sup>22</sup> nach sich ziehen. So entschied das Bundesgericht in einem Entscheid im Jahre 2001, dass sich eine Versicherte auf die Auskunft der Vorsorgeeinrichtung, die Freizügigkeitsleistung betrage rund 306 000 Franken, berufen konnte, obwohl die Austrittsleistung effektiv fast 100 000 Franken weniger betrug. Das Bundesgericht verpflichtete die Vorsorgeeinrichtung bzw. den Trägerkanton, der Versicherten die ursprünglich zugesicherte Summe auszurichten.
- 14 Das Eidgenössische Versicherungsgericht (EVG) hat 1986 haftungsrechtlich die *unterbliebene Auskunft* der falschen Auskunft gleichgestellt. Über die Haftungsvoraussetzungen des Vertrauensschutzes hinaus bilde Voraussetzung, dass die Auskunft bzw. Aufklärung gesetzlich geboten sei<sup>23</sup>. Nach dem Grundsatz von Treu und Glauben hat das Bundesgericht eine *Pflicht zur Auskunft selbst ohne normative Grundlage* aufgrund konkreter Umstände anerkannt<sup>24</sup>.
- 15 In konsequenter Weiterführung dieser Rechtsprechung hat das Bundesgericht in BGE 131 V 472 die *Folgen der entgegen einer gesetzlichen umfassenden Beratungspflicht unterbliebenen Auskunft* den Folgen falscher oder unterbliebener Auskunft gleichgestellt.
- 16 Auch wenn Art. 27 Abs. 2 ATSG (Beratungspflicht) im Bereich der beruflichen Vorsorge keine Anwendung findet, ist zu begrüssen, wenn die Vorsorgeeinrichtungen ihre Informationspflichten in Art. 86b BV umfassend wahrnehmen, was auch eine aktive *Beratung* der Versicherten umfasst. Fest steht, dass eine entgegen der gesetzlichen Vorschrift in Art. 86b BVG nicht erteilte Information oder eine falsche Auskunft haftungsrechtliche Konsequenzen hat, sofern die Voraussetzungen der Vertrauenshaftung vorliegen. Nach ständiger Rechtsprechung<sup>25</sup> sind dies:

<sup>22</sup> Erstmals in BGE 91 I 136.

<sup>23</sup> BGE 112 V 115.

<sup>24</sup> BGE 121 V 65. Weitere Hinweise bei MEYER-BLASER, Beratungspflicht, 22.

<sup>25</sup> BGE 127 I 136, Erw. 3a; 12611 387; Erw. 3a, 121 V 66 Erw. 2a.



- a. Die Behörde (vorliegend die Vorsorgeeinrichtung) hat in einer konkreten Situation mit Bezug auf eine bestimmte Person gehandelt. *Diese Voraussetzung ist z.B. mit der Zustellung des Versicherungsausweises an die versicherte Person erfüllt. Ein als «provisorisch» bezeichneter Leistungsausweis stellt demgegenüber keine verbindliche Berechnungsgrundlage dar und hat unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes keine Bedeutung*<sup>26</sup>.
- b. Die Behörde ist für die Auskunftserteilung zuständig bzw. durfte von der ratsuchenden Person aus zureichenden Gründen als zuständig betrachtet werden. *Diese Voraussetzung wird regelmässig vorliegen.*
- c. Die auskunftssuchende Person konnte die Unrichtigkeit der Information nicht ohne weiteres erkennen. *Angesichts der Komplexität der BVG-Materie trifft dies häufig zu. Das Bundesgericht hat festgehalten, von einer versicherten Person könne keine umfassendere Kenntnis der Berechnungsgrundlagen (in casu einer Einkaufsofferte) verlangt werden als von den Verantwortlichen der Vorsorgeeinrichtung*<sup>27</sup>.
- d. Die versicherte Person hat im Vertrauen auf die Richtigkeit der Auskunft Dispositionen getroffen, die nicht ohne Nachteil rückgängig gemacht werden können. *Diese Voraussetzung ist von der versicherten Person nachzuweisen.*
- e. Die gesetzliche Ordnung hat seit der Auskunftserteilung keine Änderung erfahren.

17

Es fragt sich, ob die für das öffentliche Recht entwickelten Grundsätze der Vertrauenshaftung auch im Bereich der weitergehenden beruflichen Vorsorge zur Anwendung kommen<sup>28</sup>. Der Gesetzgeber hat die Informationspflichten nach Art. 86b BVG in die Liste der Bestimmungen aufgenommen, die für die Vorsorgeeinrichtung auch im Selbständigkeitsbereich anwendbar sind. Die Informationspflichten sind «umhüllend». Eine «Aufteilung» der Haftung für falsche oder unterbliebene Information wäre nicht sachgerecht.

18

<sup>26</sup> So entschied das Bundesgericht im Entscheid vom 2. Dezember 2005 (B.43.2005), siehe Erw. 4.1 und 4.3.3.

<sup>27</sup> BGer v. 2. Dezember 2005 (B.43.2005) Erw. 4.3.2.; SVR 2004 BVG Nr. 9, 26 Erw. 5.

<sup>28</sup> Die Frage stellt implizit auch STAUFFER, Informationspflicht, 281.

## Art. 87

### Amts- und Verwaltungshilfe

Die Verwaltungs- und Rechtspflegebehörden des Bundes, der Kantone, Bezirke, Kreise und Gemeinden sowie die Organe der anderen Sozialversicherungen geben den mit der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organen auf schriftliche und begründete Anfrage im Einzelfall kostenlos diejenigen Daten bekannt, die erforderlich sind für:

- a. die Kontrolle der Erfassung der Arbeitgeber;
- b. die Festsetzung, Änderung oder Rückforderung von Leistungen;
- c. die Verhinderung ungerechtfertigter Bezüge;
- d. die Festsetzung und den Bezug der Beiträge;
- e. den Rückgriff auf haftpflichtige Dritte.

### Entraide administrative

Les autorités administratives et judiciaires de la Confédération, des cantons, des districts, des circonscriptions et des communes, ainsi que les organes des autres assurances sociales fournissent gratuitement aux organes chargés d'appliquer la présente loi, dans des cas d'espèce et sur demande écrite et motivée, les données qui leur sont nécessaires pour:

- a. contrôler l'affiliation des employeurs;
- b. fixer ou modifier des prestations ou en exiger la restitution;
- c. prévenir des versements indus;
- d. fixer et percevoir les cotisations;
- e. faire valoir une prétention recoursoire contre le tiers responsable.

### Assistenza amministrativa

Le autorità amministrative e giudiziarie della Confederazione, dei Cantoni, dei distretti, dei circoli e dei Comuni, nonché gli organi delle altre assicurazioni sociali forniscono nel singolo caso gratuitamente agli organi incaricati dell'esecuzione della presente legge, su richiesta scritta e motivata, i dati necessari per:

- a. controllare l'assoggettamento dei datori di lavoro;
- b. determinare o modificare prestazioni, o chiederne la restituzione;
- c. prevenire versamenti indebiti;
- d. fissare e riscuotere i contributi;
- e. intraprendere azioni di regresso contro terzi responsabili.

### Inhaltsverzeichnis

Note Seite

I.	Allgemeines .....	1	1415
1.	Entstehungsgeschichte .....	1	1415
2.	Verhältnis zum ATSG.....	4	1416
3.	Begriff und Bedeutung.....	5	1416
II.	Voraussetzungen und Gegenstand der Amts- und Verwaltungshilfe.....	9	1417
1.	Voraussetzungen auf Seiten des Gesuchstellers .....	9	1417
2.	Voraussetzungen der Leistung von Amts- und Verwaltungshilfe.....	12	1417
3.	Verwaltungshilfe zwischen IV-Behörden und Vorsorgeeinrichtung.....	14	1418
III.	Amts- und Verwaltungshilfe in der weitergehenden beruflichen Vorsorge.	15	1418

## Literaturverzeichnis

BSV-Mitteilungen über die Berufliche Vorsorge Nr. 16 vom 28. September 1990, Rz. 110 (zit.: BSV-Mitteilungen Nr. 16); BSV-Mitteilungen Nr. 25 vom 26. Juli 1993, Rz. 152 (zit.: BSV-Mitteilungen Nr. 25); BSV-Mitteilungen Nr. 53 vom 5.10.2000, Rz. 310 (zit.: BSV-Mitteilungen Nr. 53); ULRICH HAEFELIN/GEORG MÜLLER/FELIX ÜHLMANN, *Allgemeines Verwaltungsrecht*, 5. Auflage, Zürich 2005; UELI KIESER, Die *Auswirkungen* des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) auf die berufliche Vorsorge, HILL-2006, Fachartikel Nr. 5; CLAUDE VOEGELI, Bearbeitung von *Personendaten* in den Sozialversicherungen: neue Gesetzesbestimmungen, in: *Soziale Sicherheit* 2001/2, 98 ff.; sowie zentrales Literaturverzeichnis.

## I. Allgemeines

## 1 Entstehungsgeschichte

In der ursprünglichen Fassung beinhaltete Art. 87 BVG lediglich eine Grundlage zum Erlass einer Verordnung über die Auskunftspflicht der AHV/IV-Organen an die Vorsorgeeinrichtungen. Die Notwendigkeit einer Auskunftspflicht der AHV/IV-Behörden an die Vorsorgeeinrichtung ergibt sich aus dem engen sachlichen Zusammenhang zwischen den Leistungen AHV/IV und Beruflicher Vorsorge<sup>1</sup>.

In Art. 2 der Verordnung über die Ausnahmen von der Schweigepflicht in der beruflichen Vorsorge und über die Auskunftspflicht der AHV/IV-Organen (VSABV) waren die Voraussetzungen im Einzelnen festgehalten. Namentlich durfte der Auskunftserteilung kein schützenswertes Privatinteresse entgegenstehen, die Auskünfte hatten im Einzelfall zu erfolgen und durften nur auf begründetes Gesuch hin erteilt werden<sup>2</sup>.

Mit dem am 1. Juli 1993 in Kraft gesetzten Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG)<sup>3</sup> wurde für den bislang auf Verordnungsstufe geregelten Datenfluss von den Ausgleichskassen an die Vorsorgeeinrichtung eine formelle gesetzliche Grundlage notwendig. Im Rahmen des Gesetzgebungsprogramms zur Anpassung an die Erfordernisse des DSG wurde Art. 87 BVG angepasst. Im Wesentlichen wurden die bisher auf Verordnungsstufe geregelten Bestimmungen übernommen<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Botschaft BVG, BBl 1976 I 273.

<sup>2</sup> Weiter zur Rechtslage vor der Anpassung von Art. 87 an die Erfordernisse des DSG siehe BSV-Mitteilungen Nr. 16, Rz. 110, BSV-Mitteilungen Nr. 25, Rz. 152; STAUFFER, Berufliche Vorsorge, Rz. 1547.

<sup>3</sup> Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992, SR 235.1

<sup>4</sup> HELBLING, Gesamtdarstellung, 302.

## 2. Verhältnis zum ATSG

- 4 Am 1.1.2003 trat das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrecht (ATSG)<sup>5</sup> in Kraft. Die Amts- und Verwaltungshilfe ist in Art. 32 ATSG geregelt. Nach Art. 32 Abs. 2 ATSG leisten die Organe der einzelnen Sozialversicherungen einander gegenseitig Verwaltungshilfe. Das ATSG ist im BVG grundsätzlich nicht anwendbar. Im BVG ist deshalb eine gesetzliche Verankerung der Amts- und Verwaltungshilfe notwendig. Die Parallelität der beiden Bestimmungen ist nicht zu übersehen, es ist davon auszugehen, dass die beiden Bestimmungen parallel auszulegen sind<sup>6</sup>.

## 3. Begriff und Bedeutung

- 5 Der Begriff «Amtshilfe» ist in der Allgemeinen Verwaltungsrechtslehre fest verankert. Gemeint ist damit die zur Aufgabenerfüllung notwendige Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsbehörden. Die Amtshilfe ist von der Rechtshilfe zu unterscheiden, diese untersteht prozessrechtlichen Regeln<sup>7</sup>.
- 6 Die berufliche Vorsorge wird von *verwaltungsunabhängigen* Trägern durchgeführt. Unter Amtshilfe im Sinne von Art. 87 BVG ist deshalb die Hilfe zu verstehen, die von den im Gesetzestext aufgeführten Behörden an die Vorsorgeeinrichtungen zu leisten ist.
- 7 Die «Verwaltungshilfe» demgegenüber betrifft die Unterstützung der Sozialversicherungsträger untereinander. Vorsorgeeinrichtungen und andere an der Durchführung der beruflichen Vorsorge beteiligte Organe sind durch Art. 87 BVG legitimiert, von einem anderen Sozialversicherungsträger Verwaltungshilfe zu beantragen. Das Ersuchen eines anderen Sozialversicherungsträgers an die Vorsorgeeinrichtung stützt sich auf Art. 32 ATSG, sofern und soweit das ATSG für die fragliche Sozialversicherung anwendbar ist<sup>8</sup>.
- 8 Die Amts- und Verwaltungshilfe stellen gesetzlich angeordnete Ausnahmen von (gesetzlichen) Schweigepflichten dar<sup>9</sup>.

<sup>5</sup> Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) vom 6. Oktober 2000, SR 830.1.

<sup>6</sup> KIESER, Auswirkungen, 6.

<sup>7</sup> HAEFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht, Rz. 1258.

<sup>8</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 10 zu Art. 32 ATSG.

<sup>9</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 3 zu Art. 32 ATSG.



## II. Voraussetzungen und Gegenstand der Amts- und Verwaltungshilfe

### 1. Voraussetzungen auf Seiten des Gesuchstellers

Sowohl Amts- wie Verwaltungshilfe sind nur auf schriftliches und begründetes Gesuch hin und im konkreten Einzelfall zu leisten. Die Zulässigkeit der Amts- und Verwaltungshilfe ist zudem auf die in Art. 87 Bst. a bis e aufgeführten Fälle beschränkt.

Das Stellen eines Gesuches um Amts- und Verwaltungshilfe stellt, soweit Personendaten betroffen sind, eine Bekanntgabe von Personendaten dar und ist deshalb nur unter den in Art. 86a BVG aufgeführten Voraussetzungen zulässig<sup>10</sup>. Die Amts- und Verwaltungshilfe soll die ordentliche Durchführung der beruflichen Vorsorge ermöglichen. Die Datenbekanntgabe durch das Amts- und Verwaltungshilfegesuch ist in aller Regel durch Art. 86a Abs. 2 Bst. a und b BVG gedeckt.

Die vom Amts- oder Verwaltungshilfegesuch betroffenen versicherten Personen sind über die Gesuchstellung zu informieren<sup>11</sup>.

### 2. Voraussetzungen der Leistung von Amts- und Verwaltungshilfe

Amts- und Verwaltungshilfe sind nur so weit zu leisten, soweit die verlangten Daten für in Art. 87 Bst. a–e BVG aufgeführte Aufgaben erforderlich sind. Ein allenfalls schützenswertes überwiegendes Privatinteresse kann der Auskunftserteilung entgegenstehen<sup>12</sup>. Die Beschränkungen entsprechen dem in Art. 4 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG) aufgeführten *Verhältnismässigkeitsgrundsatz*. Amtshilfe und Verwaltungshilfe sind nur dann zu erbringen, wenn und soweit die anfragende Stelle die notwendigen Daten ohne Unterstützung nicht oder nur unter erheblichem Mehraufwand erhalten könnte<sup>13</sup>.

Die Stellen, die Amts- und Verwaltungshilfe leisten, müssen die auf sie anwendbaren Datenbestimmungen einhalten. Das betrifft namentlich die Voraussetzungen der Datenbekanntgabe.

<sup>10</sup> Zu den Voraussetzungen im Einzelnen siehe die Kommentierung zu Art. 86a BVG.

<sup>11</sup> Zur Begründung siehe die Kommentierung zu Art. 86a BVG, N 7 und die in den Fn. 10–12 angegebene Literatur.

<sup>12</sup> BSV-Mitteilungen Nr. 25, Rz. 152.

<sup>13</sup> KIESER, ATSG-Kommentar, N 16 zu Art. 32 ATSG.

### 3. Verwaltungshilfe zwischen IV-Behörden und Vorsorgeeinrichtung

- 14 Die Invaliditätsleistung der Vorsorgeeinrichtung knüpft an den durch die IV festgestellten Invaliditätsgrad an (Art. 23 Bst. a BVG). Nach Art. 49 Abs. 4 ATSG ist die IV-Verfügung auch der Vorsorgeeinrichtung zuzustellen<sup>14</sup>. Die Vorsorgeeinrichtung kann die gleichen Rechtsmittel ergreifen wie die versicherte Person<sup>15</sup>. Damit die Vorsorgeeinrichtung das Rechtsmittel ergreifen kann, ist sie auf Einsicht in das IV-Dossier der versicherten Person angewiesen. Die IV hat der Vorsorgeeinrichtung dafür auf schriftliches Gesuch hin die **erforderlichen** Daten bekannt zu geben bzw. eine partielle Akteneinsicht zu gewähren<sup>16</sup>.

### III. Amts- und Verwaltungshilfe in der weitergehenden beruflichen Vorsorge

- 15 Art. 87 BVG ist nicht in der in Art. 49 BVG enthaltenen Liste der Bestimmungen aufgeführt, die auch im Selbständigkeitsbereich der beruflichen Vorsorge anwendbar sind. Die Bestimmung über die Amts- und Verwaltungshilfe ist somit in der weitergehenden beruflichen Vorsorge nicht anwendbar. Diese Aussage ist insofern zu relativieren, als sich die bestimmten Daten eines Versicherten gar nicht in einen obligatorischen und weitergehenden Bereich trennen lassen. So steht der Vorsorgeeinrichtung im Rahmen der durch die IV zu leistenden Verwaltungshilfe die Einsicht auch über Daten zu, soweit diese die überobligatorische Versicherung betreffen<sup>17</sup>. Die Festsetzung des Invaliditätsgrades der IV beeinflusst die IV-Leistung der Vorsorgeeinrichtung i.d.R. auch im Bereich der weitergehenden beruflichen Vorsorge.

<sup>14</sup> Daran ändert nichts, dass das ATSG grundsätzlich nicht auf das BVG anwendbar ist, in die Pflicht genommen wird in Art. 49 Abs. 4 vielmehr die IV als verfügender Versicherungsträger.

<sup>15</sup> VETTER, Berufliche Vorsorge, 298 f.

<sup>16</sup> Man kann sich fragen, ob die versicherte Person aus Gründen der Transparenz (Art. 4 Abs. 2 DSG) über das Gesuch um Verwaltungshilfe wie auch über die erfolgte Verwaltungshilfe zu informieren ist (siehe auch die Kommentierung von Art. 86a BVG, N 7 und die in den dortigen Fussnoten 10-12 angegebene Literatur). Sofern dies standardmässig erfolgen soll, steht der Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu den Transparenzinteressen der Versicherten. Die Vorsorgeeinrichtung soll jedoch im konkreten Fall prüfen, ob eine Information an die versicherte Person im Einzelfall angebracht ist.

<sup>17</sup> VETTER, Berufliche Vorsorge, 299. Siehe zum Ganzen auch oben, N 14.

Siebenter Teil:

Art. 88

**Aufgehoben durch Ziff. II 41 des BG vom 20. März 2008 zur formellen Bereinigung des Bundesrechts, mit Wirkung seit 1. August 2008 (AS 2008 3448; BBl 2007 6121).**

Diese Bestimmung enthielt eine Kompetenznorm, welche es dem Bundesrat ermöglichte, den kantonalen Ausgleichskassen gegen Entschädigung die Landwirtschaft betreffende Vollzugsaufgaben des BVG zu übertragen.

1. Allgemeine Bestimmungen	1
a. Regelungsgegenstand	1
b. Bestimmung der für die Ausführung zuständigen Behörden	1
2. Ausführung des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 1960	2
a. Regelungsgegenstand	2
b. Bestimmung der für die Ausführung zuständigen Behörden	2
3. Ausführung des Bundesgesetzes vom 10. Dezember 1960 und des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1960	3
a. Regelungsgegenstand	3
b. Bestimmung der für die Ausführung zuständigen Behörden	3
4. Ausführung des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1960	4
a. Regelungsgegenstand	4
b. Bestimmung der für die Ausführung zuständigen Behörden	4
5. Ausführung des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960	5
a. Regelungsgegenstand	5
b. Bestimmung der für die Ausführung zuständigen Behörden	5
6. Ausführung des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960	6
a. Regelungsgegenstand	6
b. Bestimmung der für die Ausführung zuständigen Behörden	6
7. Ausführung des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960	7
a. Regelungsgegenstand	7
b. Bestimmung der für die Ausführung zuständigen Behörden	7
8. Ausführung des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960	8
a. Regelungsgegenstand	8
b. Bestimmung der für die Ausführung zuständigen Behörden	8

**Literaturverzeichnis**

BAUMANN, P. (1960): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 34, 1960, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1961): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 10. Dezember 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 35, 1961, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1962): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 36, 1962, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1963): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 37, 1963, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1964): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 38, 1964, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1965): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 39, 1965, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1966): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 40, 1966, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1967): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 41, 1967, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1968): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 42, 1968, 1000-1001.

BAUMANN, P. (1969): Übertragungen der Vollzugsaufgaben des Bundesgesetzes vom 27. Oktober 1960 (BGBl. 1960 I 1000) an die kantonalen Ausgleichskassen. In: *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 43, 1969, 1000-1001.



